

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/8,
durch die Post und
durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 3.10,
pro Woche 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7108.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Insertionsgebühr
beträgt für die fünfgepaltene
Petitzeile oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Versammlungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Insertate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 45.

Breslau, Donnerstag, den 21. Februar 1895.

VI. Jahrgang.

Finanzpolitische Schleichwege.

Der ehemalige Communist und eifrige „Umstürzler“ von Staat und Gesellschaft, Herr Miquel, nunmehr wohlbestallter preussischer Finanzminister und eine der zuverlässigsten Säulen von Staat und Gesellschaft, ist unabweisbar, man mag sonst von ihm halten was man will, ein sehr kluger und ein beharrlicher Mann, der das, was er durchzuführen beabsichtigt, mit allen Kräften und mit einer stillen, aber um so wirksameren Zähigkeit so zu betreiben weiß, daß — weiß immer sein Ziel erreicht. Viel öfter, wie manche Leute glauben, weiß eben sein Ziel durchaus nicht immer klar und deutlich vor Jedermanns Augen liegt.

Es ist unter solchen Umständen als recht thöricht zu bezeichnen, wenn man leichten Herzens diese oder jene Steuerpläne des klugen und zähen Herrn Miquel als undurchführbar, unerreicher, verfehlt oder wie sonst noch bezeichnet. Das gilt vor allen Dingen von dem Lieblingsplan des Herrn Miquel, von der Tabakfabriksteuer.

Gewiß ist dieser Plan schon im vergangenen Jahre im Reichstage gescheitert und gewissen Leuten, besonders freisinnigen Politikern erschienen die Aussichten des auf's Neue ausgenommenen Projectes so geringe, daß sie im Brustton der Ueberzeugung von dem Fall der neuen Vorlage im Reichstage als von etwas absolut Sicherem sprachen. Aber die Herren könnten sich bitter getäuscht haben und die Ereignisse der jüngsten Zeit scheinen denn auch diese Zuversicht von der sicheren Niederlage des Miquel'schen Steuerprojectes selbst in freisinnigen Kreisen hier und da einigermaßen erschüttert zu haben.

Herr Miquel ist, wie gesagt, ein kluger Mann, der weiß, wie's gemacht wird und der gern darauf verzichtet, einen offenen, Jedermann zugängigen Weg zu wählen, wenn ein Schleichweg ihn sicherer und rascher zum Ziele führt. Und solcher Wege giebt es auch in unserer Finanzpolitik gar viele.

Das Reichsfinanzgesetz, spottweise auch „Steuerautomat“ oder „Automatengesetz“ gerannt, ist bekanntlich dazu berufen, das angebliche Ideal des Herrn Miquel, die Ausgleichung zwischen Matricularbeiträgen und Ueberweisungen an die Einzelstaaten herbeizuführen, mit andern Worten, das Reich ganz unabhängig von den Einzelstaaten zu machen, sämtliche Reichsausgaben durch Reichssteuern zu decken. Diesem angeblichen Ideal der Reichsregierung soll denn so auch die Tabakfabriksteuer dienen, deren Mehrertrag die 33 Millionen Mark

bringen soll, die nötig sind, um die Ueberweisungen auf gleiche Höhe mit den Matricularbeiträgen zu bringen.

Freilich wäre das Letztere auch ohne jede neue Steuer, durch Verminderung der Ausgaben wie durch höhere Schätzung der Einnahmen als wie sie im Etatvoranschlag enthalten sind, zu erreichen. Wenn der von Herrn Miquel so schön aufgestellte Etat durch scharfe Prüfung seitens der Budgetcommission verändert wird und zwar so, daß man die fehlenden 33 Millionen durch Abstriche an den Ausgaben und höhere Einschätzung der Einnahmen gemüßwillig herbeischafft, dann ist die ganze Grundlage für die Tabaksteuervorlage zerstört.

Da galt es denn nun, die maßgebende Partei im Reichstage — natürlich das Centrum — auch hier gerade wie in der Umsturzgesetzfrage, zu gewinnen und das scheint in der That gelungen, wenigstens bei einem Theile desselben, jedenfalls so vielen, daß die größte Gefahr für den schönen Miquel'schen Plan beseitigt erscheint.

Zunächst sah es in der Budgetcommission des Reichstages nicht sehr erfreulich für Herrn Miquel aus. Langsam, sehr langsam freilich arbeitet man dort in diesem Jahre und es scheint, als wenn dort ebenso wie in der Umsturzgesetzcommission das Schachern und Mogeln hinter den Coulissen sehr viel Zeit beansprucht. Aber es wurden doch schon recht bedenkliche Angriffe auf die Grundlage des Miquel'schen Steuerplanes, auf das angebliche Fehlen der 33 Millionen, zu deren Deckung die Tabaksteuer berufen sein sollte, gemacht. Die Einnahmen für um etwa 2 Millionen Mark allein beim Postetat höchst eingeschätzt, die Ausgaben um etwa 13 Millionen Mark verringert, besonders beim Militäretat, so daß sich jenes künstliche Deficit schon um fast 15 Millionen Mark, also auf 18 Millionen Mark herabminderte. Und dabei steht noch die Beratung des Marineetats, des Stats der Colonien, der Reichseisenbahnen und weiter die der Zölle und Verbrauchssteuern aus, so daß ganz unzweifelhaft jenes 33 Millionen-Deficit verschwinden und ein Ausgleich auch ohne jedwede neue Steuer herbeizuführen war.

Aber da haben wir die Rechnung ohne — das Centrum gemacht! Schon beim Militäretat hätten sich die Ersparnisse um weitere fünf Millionen Mark erhöht, wenn das Centrum nicht plötzlich eine Schwenkung gemacht und 5 Millionen Mark für einen württembergischen Truppenübungsplatz bewilligt hätte, deren

Bewilligung es noch Tags zuvor auf das Entschiedenste bekämpft hatte. Aber damit nicht genug. Das Centrum hat nunmehr durch den Mund des Abg. Schäbler seine Absicht kundgethan, die Gewährung eines warmen Abendbrots für die Soldaten zu beantragen. So wünschenswerth die Verbesserung der Ernährung unserer Soldaten Jedermann erscheinen muß, so sehr dient aber die Annahme dieses Antrages dessen Durchführung acht Millionen Mark kostet, wenn nicht auf anderer Seite dafür Abstriche am Militäretat gemacht werden, der Einführung der Tabakfabriksteuer, die, wie wir in diesem Blatte eingehend nachwiesen, Zehntausende dem fürchtbarsten Elend überantworten wird.

Man will im Centrum dem Volke ein Stückchen Rockspeise bieten, um so die Tabaksteuer annehmbarer, ja nothwendig erscheinen zu lassen und sich selbst gar noch mit dem Mantel der Volksfreundlichkeit zu drapieren. Das Centrum denkt garnicht daran, jene acht Millionen Mark durch anderweitige Ersparnisse im Militäretat zu gewinnen — im Gegentheil, es ist garnicht zu bezweifeln, daß man im Centrum sehr große Neigung hat, auch die ausschweifendsten Marineforderungen zu bewilligen!

Und so ebnet man Herrn Miquel denn die Wege, giebt ihm neuen Wind in seine Segel und Herr Miquel ist wohl der Mann dazu, diesen günstigeren Wind so auszunutzen, daß er ihn zum ersehnten Ziele führt.

Wir sind weit entfernt, uns über diese Wendung der Dinge zu wundern, lag doch nichts näher, als die Annahme, daß das Centrum sich nicht nur bezüglich der neuesten reactionären Bestrebungen, sondern ebenso gut betreffs der Steuerpolitik des Herrn Miquel eine vollständige Schwenkung leisten würde. Auch die mancherlei Schleichwege, welche zu diesem Ziele führten, erregen uns weder Verwunderung noch Entrüstung. Wundern mußten wir uns nur über den unverwundlichen Optimismus eines gewissen Theiles — und immerhin noch nicht einmal des schlechtesten Theiles — des freisinnigen Bürgerthums, das immerfort hofft und glaubt und wenn es auch hundert Mal auf das Bitterste enttäuscht wurde, doch immer wieder das Aergste noch nicht glauben will und kann und aus allen, auch den widerlichsten Giftblumen der politischen und wirtschaftlichen Reaction immer noch Honig zu saugen weiß.

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

25]

[Nachdruck verboten.]

Das that aber nichts! 20.000 Actien, jede zu 500 Francs, waren unter zweihundert Personen glücklich vertheilt. Ein Viertel des Capitals, sagen wir sechs Millionen, waren, wie das Gesetz vorschreibt, auf einer Bank deponirt. Seine notarielle Aufnahme hatte den Abschluß der nothwendigen Formalitäten bescheinigt.

Dann waren die zweihundert Actionäre, oder richtiger nur fünfzig von ihnen, welche die Uebrigen vertraten, in einem feinen Restaurant zusammengesessen und hatten, nachdem sie sich durch Wein gehörig gestärkt, einen Verwaltungsrath auf die Dauer von drei Jahren ernannt. Sie, die selbst mannigfach decorirt waren, dienten wieder trefflich zur Decoration des Unternehmens! Da waren Offiziere der Ehrenlegion, ehemalige Stadträthe, Senatoren und Abgeordnete, ein General a. D., ein Herzog von altem Adel und selbstverständlich auch einige Finanzgrößen. Unter ihnen war auch der Baron, ebenso Herr Bernard, Alfred's Vater. Hunderttausend Francs jährlich für zehn so vornehme Verwaltungsräthe, das war sicher nur eine Bagatelle zu nennen.

Fast zu gleicher Zeit sah man riesige Anschläge sich über ganze Mauern in der Stadt ausbreiten.

Phosphate aus den Cordilleren.
Gesellschaft mit 40 Millionen Capital.

Und darunter leuchteten grell in rothen, halbfußlangen Buchstaben die Namen der ehrenwerthen Verwaltungsräthe. Danach stießen die Zeitungen regelmäßig in die Reclametrompete. O diese Phosphate! Welche reiche Ernte sollte aus ihnen erblühen! Welch unererschöpfliches Reservoir immer neuen pflanzlichen Lebens! Die ganze Erde konnte man mit ihnen fruchtbar machen! Ganze Gebirge waren von diesem edlen Stoffe vorhanden! Dann folgten chemische Analysen, Beschreibungen des Landes, Berichte südamerikanischer Ingenieure, fesselnde Details über die begonnenen Arbeiten, enthusiastischen Artikel über den sicher zu erwartenden, ungeheuren Profit. Die Actien stiegen an der Börse von Tag zu Tag. Man wußte, daß die Gesellschaft am Schluß des ersten Jahres eine große Dividende vertheilt hatte. Fünfunddreißig Francs Gewinn auf 125 Francs! Das Geld hatte hier also 30 Procent gebracht. Besser konnte man es nicht unterbringen.

Auch gab es auf die Actien Prämien von 200 Francs. Das war der Moment, in dem Herr Bressiere, der Banquier der Frau Savenay, in dessen Händen sich ihr ganzes Vermögen — eine Million ungefähr — befand, dem Baron von Larkheim begegnete. Er bewunderte den Baron, dem er zu Dank verpflichtet war. Er spielte an der Börse, und Dank den Rathschlägen des Herrn Baron hatte er mehr als einen guten Coup gemacht. Es war, wie wenn ein Fischlein hinter einem Haifisch her schwimmt und dabei immer einige kleine Abfälle erwischt. Dieses Mal nun hatte sich der Baron

in ein räthselhaftes Schweigen gehüllt; er hatte gethan, als wollte er dieses ausgezeichnete Unternehmen für sich allein ausnützen. Auf eine Frage nach der Zukunft der Gesellschaft begnügte er sich, mit einem geheimnißvollen Lächeln zu antworten: „Die Actien steigen noch immer!“

Das hatte Bressiere sich gesagt sein lassen. Er hatte gekauft und abermals gekauft, für sich und seine Kinder. Er war einer der Hauptactionäre geworden und hatte die Freude, daß seine Papiere einen ganz außerordentlichen Cours erreichten und die Dividenden immer neue Kunden anlockten.

Inzwischen hatte eine Neuwahl des Verwaltungsrathes stattgefunden. Der Baron und Bernard hatten unter dem Vorwand, daß sie ohnehin mit Arbeit überlastet seien, jede Wiederwahl abgelehnt zum großen Bedauern der Versammlung. Der Baron hatte Herrn Bressiere an seiner Stelle vorgeschlagen und der Stellvertreter wurde auch ohne Widerspruch angenommen. In den folgenden drei Monaten sah man mit Verwunderung nach und nach eine große Menge Actien der Phosphatgesellschaft den Markt überschwemmen. Wer verkaufte sie? Keiner wußte es. „Leute, die ein Interesse daran haben, die Course herabzudrücken“, hatte der Baron gesagt, als man ihn um seine Meinung fragte. „Man muß dagegen ankämpfen.“ Und er selbst ging mit gutem Beispiel voran und kaufte einige Hundert Actien. Bressiere hatte mehrere Tausend genommen. Dreimal hat der geheimnißvolle Verkäufer sein Mandat wiederholt. Dreimal hatte Bressiere die

Wir Socialdemokraten, die wir unsere Pappenheimer besser kennen, denken skeptischer und machen uns mit Recht immer auf das Schlimmste gefaßt. So auch gegenüber dem neuen Tabaksteuerproject, das wir auch in diesem Jahre wieder bitterernst genommen und das wir einzig und allein wirklich scharf und energisch bekämpften und weiter bekämpfen werden.

Herr Miquel wird, wie gesagt, die widerspruchsvolle, ja geradezu verrätherische Haltung des Centrums nach Kräften für seine Pläne ausnutzen. Wie er auf Schlechwege so manches Ziel schon erreicht hat, so mag es ihm auch jetzt wieder gelingen, seine, in ihren Wirkungen auf das Volk geradezu verderbenbringenden Steuerpläne durchzuführen, — dem Centrum aber wird das Betreten dieser Schlechwege hier wie dort, bei der Schaffung des Umsturzgesetzes wie bei der Vermehrung der ohnehin bald unerträglichen Steuerlasten, nicht vergessen werden. — nicht auf Schlechwegen, sondern im offenen, rücksichtslosen Kampf werden wir Socialdemokraten dieser Partei des Volksverrathe entgegen treten und sie „zur Strecke bringen.“

Gegen die Umsturzvorlage

Wacht sich denn doch nunmehr auch in bürocratischen Kreisen und zwar besonders in den Kreisen der Gelehrten, Geistlichen und Beamten, selbst hier und da bei Richtern ein immer lebhafter werdender Widerstand geltend. Wie auch wir gemeldet haben, nahmen unlängst in einer in den „Grenzboten“ veröffentlichten Erklärung eine Anzahl Professoren u. Stellung gegen die Umsturzvorlage. Unterzeichner derselben waren u. A. Geheimrath Förster, Pfarrer Raumann, Prof. Herker, Adolf Wagner, Dr. v. Mangoldt u. A. m. Der Letztere, welcher sich zur Entgegennahme weiterer Beitrittserklärungen bereit gefunden hatte, schreibt nunmehr der „Voss. Ztg.“ Folgendes:

„Der Erfolg war ein ganz überraschender. Täglich liefen und laufen noch ganze Stöße von Zuschriften ein, und zwar durchweg aus den Kreisen von „Bildung und Besitz.“ Unzählige Male lehren Ausdrücke der Zustimmung wieder wie „aus vollem Herzen, aus ganzer Seele stimme ich der Erklärung zu“, „auf das Bereitwilligste stelle ich Ihnen meine Unterschrift zur Verfügung“ u. s. w. Sehr bemerkenswerth ist, daß auch zahlreiche „Männer des praktischen Lebens“, Industrielle, Kaufleute, Ingenieure, Buchhändler, Aerzte, nachträglich unterzeichnet haben, so daß der Vorwurf, den einige Blätter den Unterzeichneten gemacht haben, daß sie dem praktischen Leben fern ständen, nicht mehr zutrifft. Unter den Unterzeichnern befinden sich wiederum sehr zahlreiche evangelische Geistliche aus allen Theilen Deutschlands, desgleichen eine große Zahl Lehrer von Gymnasien und Realgymnasien. Von mehreren dergleichen Instituten haben gleich die h. lichen Collegien unterzeichnet. Ebenso sind unter den nachträglich Unterzeichnern eine Anzahl Richter und Rechtsanwälte; einer der ersteren hebt besonders hervor, welche ungeheure Gefahr in der Vorlage für die Integrität des Richterstandes liege. Sogar ein Lehrer an einem

Cadettenhause, Lieutenant d. R., versichert seine volle herzliche Zustimmung zu der Erklärung. Ein Landgeistlicher schreibt: „Gott sei Dank — rief ich aus, als ich heute von dem Unternehmen las, an dessen Spitze Sie sich gestellt, — daß endlich deutsche Männer sich finden, die die Regierung und Volksvertretung von dem Irrwege zurückrufen, den sie betreten haben. Die Umsturzvorlage darf nicht Gesetz werden. Die Versöhnung des vierten Standes hat schon begonnen, greifbare Gestalt anzunehmen, — da kommt diese unglückselige Vorlage! Auch im Namen des Christenthums und unseres Herrn selbst, der gerufen: „Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid!“ — protestire ich gegen dieses Gesetz. Ich bin nur ein einfacher Landpfarrer, doch stelle ich Ihnen meinen Namen gern zur Verfügung.“ Ein anderer Geistlicher schreibt: „Wenn ein Kranker vor Schmerzen heult, soll man die Schmerzen heilen und ihm nicht den Mund zuhalten, sonst wird er rasend.“ Ein dritter Geistlicher bricht in folgende Worte aus: „Es ist mir ein persönliches Bedürfnis und es ist eine nationale und culturelle Pflicht, gegen diese Vorlage ohne gleichen am Ende des 19. Jahrhunderts Zeugniß abzulegen.“ Ein Oberlehrer in einer Provinzialstadt Pommern schreibt: „Unser Herr und Meister hat auch Kritik am Beschneidenden üben müssen, um helfen zu können. Wie wollen wir kleinen Leute es anders machen? Im übrigen, je mehr man für seine Treue für Kaiser und Reich bürgen kann, desto freudiger kann man unterschreiben.“ Ein Berliner Dr. phil. schließt seinen Brief mit den Worten: „Schlimm genug, daß es solcher Kundgebungen überhaupt bedarf, daß wir im Reichstag eine Vertretung haben, die fähig erscheint, die Freiheit der Forschung preiszugeben.“ Ein Ingenieur in der Provinz Hannover meint: „Ich halte es für Pflicht aller anständigen Leute, aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten und ihren Willen frei und offen zu bekunden.“ Ein Arzt in Leipzig schreibt: „Es gilt das heilige Volksthum zu heben, aber nicht es zu knebeln.“ Da es unmöglich ist, die nachträglich eingelaufenen Unterschriften alle zu veröffentlichen, so sei im folgenden nur eine kleine Auswahl bemerkenswerther Namen gegeben: César Axtell, Kaufmann und Schriftsteller in Leipzig; Ferdinand Bonarius, Herausgeber der „Kunstmart“ in Dresden; Dr. Arthur Hochstetler, Professor der Geschichte und Literatur an der Hochschule zu Karlsruhe; Dr. med. Brenneke, prakt. Arzt in Magdeburg; Professor J. Buchner, Vorstand des hygienischen Instituts der Universität München; Stadtpfarrer A. Burdach in Gotha; Hauptpastor Dietmann in Wesselsburen; Professor Dr. A. Doering, Gymnasialdirector und Privatdocent in Groß-Bichterfeld; A. G. Erdmannsdorffer, Redacteur der „Demokratischen Zeitung“ in Düsseldorf; Ingenieur Theodor Frisch in Leipzig-Randitz; Dr. Gustav Hartmann, Vorsitzender des Gewerbegerichts in Stuttgart; Dr. C. Heyd, Professor an der Universität Heidelberg; Justizrath Ködiger in Jümmerslan, Ehrenbürger der Stadt Jümmerslan und Provinziallandtags-Abgeordneter; Georg Hoffmann, Landgerichts-Director in Leipzig; Amtsgerichts-Rath Hermann Jastrow in Berlin; Dr. J. Karella, Oberamtsarzt der Provinzial-

Irrenanstalt zu Briesg; Sanitätsrath Dr. Conrad Küster in Berlin; Pfarrer Dr. C. Lehmann in Hornberg i. B., Ausschussmitglied des evangelisch-socialen Congresses; Fabrikdirector N. Lehmann in Nieder-Schönweide bei Brierig; Fabrikant Franz Limper in Recklinghausen; Fabrikbesitzer F. Matthias in Hausach i. B., weiland Rechtsanwalt in Krefeld; May May in Heidelberg; Professor Dr. Friedrich Paulsen in Berlin; Dr. Heinrich Röbber, Director der Gold- und Silberscheide-Anstalt in Frankfurt a. M.; Verlagsbuchhändler Gustav Ruprecht in Göttingen; Verlagsbuchhändler Wilhelm Ruprecht in Göttingen, Doctor der Staatswissenschaften; G. Schnapper-Urbd, Doctor der Staatswissenschaften in Heidelberg; Friedrich Spielhagen in Charlottenburg; Dr. Hermann Stolp in Charlottenburg; Stadtpfarrer Traub in Stuttgart.“

Herr Dr. v. Mangoldt schließt mit folgender Bitte: „Die Bewegung gegen die Umsturzvorlage gewinnt auch in nichtsocialdemokratischen Kreisen von Tag zu Tag mehr den Charakter einer Volksbewegung großen Stils. Damit ist es für einen einzelnen ganz unmöglich, die Sache noch in der Hand zu behalten. Ich bitte daher freundlichst, mir weitere Zustimmungserklärungen nicht mehr zukommen zu lassen. Dagegen ist von Gotha aus in den letzten Tagen durch Herrn Prof. Emminghaus und Genossen eine Petition an den Reichstag gegen die Umsturzvorlage in Umlauf gesetzt worden, die in vortheilhafter Weise alle Gegengründe zusammenfaßt. Ich möchte es daher allen Unterzeichnern der „Grenzboten“-Erklärung dringend ans Herz legen, von dieser Petition Kenntniß zu nehmen und, wenn es ihnen irgend möglich, für deren schnelle Verbreitung und Unterzeichnung in ihrem Kreise Sorge zu tragen. Und damit Glück auf! und frisch ans Werk!“

Politische Rundschau.

— Zur Beurtheilung der Ehrlichkeit unserer Agrarier wird der „Volkszeitung“ recht interessantes Material geliefert und zwar bezüglich der vom preussischen Unterrichtsminister verlangten Aufbesserung der Landlehrerstellen. Wie die Gemeinden — und es soll die Zahl derselben keineswegs klein sein — von der Regierung aufgefordert worden, die nothwendige Aufbesserung eintreten zu lassen resp. ein bestimmtes Grundgehalt zu bewilligen, so suchten sie dem in einer für unsere Agrarier höchst bezeichnenden Weise zu entsprechen. Sie veranschlagten nämlich flugs das Dienstland des Lehrers, ebenso auch die Pflanzfrüchte für denselben höher, so daß auf diese Weise das regierungseitig verlangte höhere Einkommen herausgerechnet wurde. Und das brachten sie fertig zu derselben Zeit, wo das allgemeine Geschrei der Agrarier überall laut wird, daß die Landwirthschaft gegen früher in ihren Erträgen so zurückgegangen sei, daß man nicht mehr bestehen könne! Kreis- und Bezirksausschüsse, in denen ja auch zumeist das agrarische Element einen überstarken Einfluß hat, haben ihre bereits verabschiedeten Gemeindebeschlüssen ohne Bedenken zugestimmt, auch da, wo man den Lehrern ihr Dienstland zum vier- bis siebenfachen Ueberschuß veranschlagt hatte. In solchen Fällen steht die Erhöhung also lediglich auf dem Papier

gehalten. Im Kampfesraus hatte er sein ganzes Vermögen und das seiner Kinder in die Activa gesetzt.

Er hatte an Frau Savonny geschrieben: „Geben Sie mir Vollmacht, für Ihre Rechnung 600 Phosphoractien zu kaufen? Sehr gewinnbringendes Unternehmen. Ich garantiere Ihnen dafür.“

Und Frau Savonny, die sich bisher immer ganz gut dabei gehalten, wenn sie ihn gewähren ließ, hatte ihm ohne Zögern die nachgesuchte Vollmacht erteilt. Er triumphirte. Was hatte er dabei zu fürchten. Das Unternehmen war sicher. Die Haltung des Barons genigte ihm als Beweis hierfür.

Ganz plötzlich tauchten da beunruhigende Gerüchte an der Börse auf. Es hieß, daß die berühmten Phosphorlager erschöpft, daß sie niemals etwas anderes als ganz gewöhnliche Erde gewesen seien. Die Course fielen mit Rasch. Ein Artikel in einer Zeitung verländerte, daß wie ein Reisender berichtet, die Ausbeutung aus Kiesel an Phosphor in's Stocken gerathen sei. Das Ganze entpuppte sich nach und nach als Schwindel. In zwei Tagen fielen die Actien auf sechshundert Francs.

Bressiere besaß zehntausend Actien. Davon hatte er zweitausend zahlbar Ende Januar gekauft. Das bedeutete für ihn ein Verlust von sechs Millionen, ohne die eine Million zweihunderttausend Francs zu rechnen, die am fünfzehnten fällig waren. Was thun? Seine erste Meinung war, zum Baron zu eilen, von dem er glaubte, daß er ebenso mitgenommen sei, wie er.

„Sie haben also Ihre Actien noch?“ sagte dieser

mit dem größten Bedauern. „Das ist schlimm. Sie müßten es machen wie ich! Verkauften! Sich bei Zeiten zweifelhafter Papiere zu erlösen, das ist das A-B-C des Geschäfts, mein Lieber!“

Bressiere fand einen Moment wie vor den Kopf geschlagen. Er ahnend begriff er die elende Nachschicht, der er zum Opfer gefallen war. Dieser unrichtbare Verkäufer, dieser maskirte Segner, gegen den er gekämpft hatte, war der Baron selbst! Alles, was Bressiere verlor und was andere durch ihn verloren, hatte der Baron gewonnen. Er lachte bitter auf. Dann fiel ihm mit einem Male ein gewaltiger Jota vom Herzen auf die Lippen.

„Schwinn!“ rief er und brüllte die Hände.

„Sie vergehen sich, mein Lieber“, sagte der andere und schüttelte.

Er Diener eile herbei. Aber Bressiere war schon fort. Er lief und lief, bis er zu Hause angekommen war, Da klopfte er sich eine Kugel durch den Kopf. —

Wie viele Menschen sollte dieser Scandalverhängnis noch in der Ferne verwunden! Frau Savonny wurde zuerst getroffen. Sie brachte eine schreckliche Nacht unter Ähren zu. Sie rang die Hände und legte sich betäubt wegen ihres Schicksals zu. Am nächsten Tage wurde Andree sofort des Barons des Todten auf. Der Polizeicommissar war dort gewesen und hatte die Karte geklopft. Sie erzielte nichts weiter als die Papiere dieser verurtheilten Gesellschaft. Er hatte die Bücher durchgesehen. Auf dem ersten Blatte entdeckte er,

daß die Passiven (Schulden) ungeheure waren. Es war ein richtiger Bankrott. Auch nicht das Geringste war mehr aus dem Schiffbruch zu retten. Mit dieser Gewißheit kam Andree zurück. Sein Onkel Theodor war bei der Nachricht von dem Unglück sofort herbeigeeilt. Er drückte seine Schwester durch seine tölpelhaftesten Tröstungen nur noch mehr nieder. Gewissenhaft trauerte er Sittig in die offene Wunde.

„Es wäre ein Unglück, ein großes Unglück! Aber wer hätte die Schuld? Warum alle Eier in denselben Korb stecken? Er hätte es ja oft genug gesagt, daß dieser Bressiere ein einfältiger Tropf sei! Lange nicht gerieben genug für einen Banquier! Allein, was nützte alle Warnungen? Man schenkte diesem Einfaltspinsel nach wie vor das größte Vertrauen. Andree, der große Träumer, hätte, anstatt seine Zeit mit lauter Nichtigkeiten todzuschlagen, besser gethan, sich selbst sein Brot zu verdienen. Wenn es ihm nicht beliebte, sich mit den geringsten Kleinigkeiten bei der Verwaltung des Vermögens abzugeben, so hätte er doch sachverständige Leute um Rath fragen können. Warum verstanden die Weiber nichts von Geldsachen?“

Er hätte noch länger fortgefahren, seine Schwester in dieser Weise zu trösten, wenn Andree bei seiner Rückkehr nicht ungeduldig seinem Wortschwall ohne Umschweife Einhalt gethan hätte.

„Nun, Onkel, was geschehen ist, ist einmal geschehen. Das Untersuchet, wer schuld an dem Unglück ist, führt jetzt zu nichts. Sehen wir vielmehr zu, was uns noch bleibt.“

(Fortsetzung folgt.)

und dient höchstens dazu, den Lehrer in eine höhere Steuerstufe zu bringen. Wir wollen die Wirkung dieser Mittheilungen nicht durch irgend welchen Zusatz abschwächen.

— Zu den Geheimnissen der Ministerwechsel theilt das „Kleine Journal“ folgenden Beitrag mit: „In der Schorfhaide regiert ein Oberförster v. S., dessen directer Vorgesetzter ein in Potsdam stationirter Forstrath ist. Als der Kaiser vor einigen Monaten in der Schorfhaide jagte, bemerkte er, daß an einer Stelle auf felsolichem Terrain, dessen Jagdpächter er ist, keine Kartoffeln und Lupinen, wie er es ein Jahr vorher angeordnet hatte, zur Anlockung der Girsche angepflanzt seien. Es stellte sich heraus, daß an dieser Unterlassungskunde der besagte Forstrath die Schuld trug. Der Forstrath wurde daraufhin kurzer Hand nach zwei Tagen von Potsdam nach einem entfernten Ort des Monarchie verlegt, und die Geschichte hätte zu den alltäglichen gehört, wenn der Herr Forstrath in dem damaligen landwirthschaftlichen Minister nicht einen hochmögenden Freund und Gönner gehabt hätte, der für sein Leben gern dem armen Forstrath die bittere Pille verschlucken ließ. Sollte der Forstrath schon wirklich von Potsdam scheiden, so wollte er ihm wenigstens noch die Gemüthung verschaffen, daß er in dem Revier, in welchem der Unfall mit den Lupinen passirt war, mit kaiserlicher Bewilligung einen Spazier zur Strecke bringen dürfte. Es wird von Leuten der grünen Farbe hierin eine große Auszeichnung erblickt, und Herr von Heyden richtete ein dementsprechendes Immediatgesuch an des Kaisers Majestät. Aber statt der erhofften gnädigen Antwort erschien Herr v. Lucanus bei dem erschrockenen Minister, um ihm mitzuthellen, daß der Kaiser die Eingabe im höchsten Grade gemißbilligt habe. Herr v. Heyden hatte nach drei Tagen einen Nachfolger.“

— Die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe, die im Feenpalast zu Berlin ihre agrarischen Schmerzen zur Schau trug, hat eine Resolution beschlossen. Darin werden der Antrag Kaniz, der den Getreidehandel verstaatlichen und dem Volke Hungerpreise dictiren will, und die Hebung des Silberwerthes, das heißt die Preissteigerung der Massenartikel und die Herabdrückung der Arbeiterzustände, als die „der Landwirthschaft allein förderlichen Mittel“ bezeichnet.

— Ueber die neue „silberne Internationale“ macht die „Berl. Volksztg.“ folgende zutreffende Bemerkungen:

„Wenn einmal die socialdemokratische Partei nach einem Wahlhege Sympathie-Telegramme aus dem Auslande erhält, so wird die Partei von der gesammten reactionären Presse als vaterlandlos, als international „gebrandmarkt“, und bei der vorgestrigen Generalversammlung des „Bundes der Landwirthe“ wurde in dem üblichen Stil sehr viel geschimpft über die „rothe“ und die „goldene“ Internationale. Nun aber verkünden die Organe des „Bundes der Landwirthe“ triumphirend: „Graf Mirbach hat von der Bimetallisten Liga in London folgendes Telegramm erhalten: Herzliche Glückwünsche zu dem großen Siege im Reichstage. Die Haltung der deutschen Reichsregierung hat hier großen Eindruck gemacht.“ — Von den nordamerikanischen Silberminenbesitzern wird wohl auch bald ein Zustimmungstelegramm eintreffen. Denn die Interessen der „silbernen Internationale“ sind natürlich überall identisch. Die Herren von der „silbernen Internationale“ aber haben der „goldenen“ und der „rothen Internationale“ nun nichts mehr vorzuwerfen.“

Es sind allerdings nicht nur die Herren Agrarier, die trefflich „international“ sein können, wenn es ihre materiellen Interessen ihnen nahelegen, das Gleiche versteht auch das Bürgerthum in hohem Grade, obwohl es sich ebenfalls gern eire möglichst lebhafteste Entrüstung über die „vaterlandlose Socialdemokratie“ leistet.

— Die „Wahlpflicht“. Von den verschiedensten Seiten — natürlich den reactionären Parteien — ertönt jetzt der Ruf nach Einführung der sogenannten Wahlpflicht mit einer solchen Uebereinstimmung, daß das Geschrei auf eine Verabredung zurückgeführt werden muß. Die Schreier stellen sich unter Wahlpflicht natürlich das Bismarcksche Ideal vor, daß jeder Wähler von einem Polizeidiener oder Gendarm aus dem Hause geholt und an die Wahlurne „geschleppt“ wird. Ohne diese, nach Behauptung ihres Erfinders, die „wahre Freiheit der Wahl“ verbürgende Form des Wählens ist es mit der Wahlpflicht eine bedenkliche Sache. Das hat sich in Belgien gezeigt, wo die Herren Reactionäre, um die „träge conservative Masse“ gegen die Socialisten mobil zu machen, eine Geldstrafe auf das Nichtwählen legten, und den bitteren Schmerz erleben mußten, daß

die „träge conservative Masse“ in hellen Haufen socialistisch wählte.

— Ueber den Bauernfang, wie ihn der Bund der Landwirthe treibt, klärt ein Flugblatt des Bundes auf, das nach der „Bosfischen Zeitung“ unter den Bauern in Westfalen verbreitet wird. Das Flugblatt rechnet den Bauern vor, daß der Bund der Landwirthe dem Bauern jährlich einen Nutzen von 641 Mk. 35 Pfg. gewährt für einen Mitgliedsbeitrag von nur 2 Mark. Das Mitglied des Bundes erhält nämlich wöchentlich ein Exemplar der Zeitung „Bund der Landwirthe“ umsonst, während die Nichtmitglieder dafür 4 Mk. 60 Pfg. zu zahlen haben, macht einen Profit von 4 Mk. 60 Pfg. Nicht weniger verblüffend ist Punkt 5. Das Mitglied hat frische Kartoffeln. Es sendet 20 Pfg. für Porto an den Vorstand des Bundes und dieser giebt ihm den Rath, die frischen Kartoffeln zu dämpfen und dann erst einzumithen. Dadurch erspart das Mitglied einen Verlust von 26 Mk. Auch Punkt 6 ist nicht übel. Der Bauer A. hat ein Pferd gekauft, das einen Fehler hat. Der Bund rät ihm ab, gegen den Verkäufer zu processiren. Er befolgt den Rath und erspart 100 Mk., die der Proceß gekostet hätte. Diese Proben werden genügen, um jeden Landwirth von der Nothwendigkeit zu überzeugen, daß er Mitglied des Bundes der Landwirthe werden muß. Denn 641 Mk. und 35 Pfg. kann doch in diesen schlechten Zeiten jeder gebrauchen, zu allererst der Bauer.

— Welche Zustände in Oesterreich und zwar speciell in Galizien herrschen, davon bietet ein vom Lemberger „Kurjer Lwowski“ veröffentlichter Brief von drei Bauern aus dem galizischen Dorfe Wilka Szlacheda (zu den Besitzthümern des unermesslich reichen Fürsten Sapieha gehörend) eine furchtbare Illustration. Der Brief lautet wortgetreu: „Durch die außerordentliche Noth bewogen, entschlossen wir Bauern uns, das ist „Hüttenbesitzer“, nach Brasilien auszuwandern. Wir begaben uns also am 15. v. Mts. in die Lemberger Bezirkshauptmannschaft, um hier die zur Reise nöthigen Documente zu erlangen. Wir haben erklärt, daß wir diese Reise nicht zum Vergnügen unternehmen, sondern um Brot zu gewinnen, denn bei uns in Wilka kann man nicht leben, da keine Arbeit sich trifft und Fürst Johann Sapieha dem Knaben täglich 10 Kreuzer und dem erwachsenen Manne 12 Kreuzer zahlt. Wir haben keine Acker, um mit ihrem Ertrag unser Leben fristen zu können; wir haben nur die Hütte und daneben ein Stückchen Feld oder Garten auf einen Viertel- oder halben Scheffel Aussaatz, so daß wir an unseren Grund und Boden gar nicht denken. Auf diesem Stückchen lasten sehr große Steuern, und noch dazu so wunderbar bemessen, daß diejenigen, welche zwei Joch Grund besitzen, weniger zahlen als wir, die wir ein halb Joch haben. In Folge dessen lohnt sich die Arbeit auf einem solchen Grundstückchen gar nicht, und manchmal ernten wir weniger, als die Steuer beträgt. . . . Dann haben wir vorgeschickt, daß wir Kinder haben, und daß bei uns Jahr aus Jahr ein Typhus wüthet — vom Hunger gewiß, obwohl die Aerg'e das bestreiten. Wir pflegen unsere Kinder und wissen, wie sie genährt werden sollten, um gesund zu bleiben, aber wir haben nichts für sie. Eine Hand voll Graupen, oder eine Rothrübe im Wasser gekocht und das am meisten ohne Brot; die Kartoffeln bilden eine Luxuspeise — so daß der Mensch fein und feiner Kinder unglückliches Schicksal stündlich vor sich sieht. Wir haben weiter dargelegt, daß daran keineswegs die Sauserei schuld ist, da bei uns einige Wirthshausleute bankrott wurden. Branntwein und Bier werden selten getrunken, höchstens bei einer Hochzeit oder Taufe. Durch diese Noth sind einige dazu gekommen, daß sie zu Dieben geworden und Nahrungsvorräthe stehlen, mögen diese noch so verschlossen sein. Sie werden von Niemandem angezeigt, da jeder weiß, daß so ein hungeriger Kerl sofort verzehrt, was er gestohlen hat. Bisher war so etwas bei uns unerhört, was soll aber der arme Mann thun? Er kehrt in seine Lehnhütte zurück, die Kinder sind hungrig, sie frieren und er bringt 12 Kreuzer von der täglichen Arbeit zurück. Im abgelaufenen Frühjahr mußten die besten Wirths Getreide noch zukaufen und ihr bestes Vieh für die Steuern verkaufen. Die ärmeren haben das Letzte verkauft, und nun bleibt ihnen ihre Lehnhütte und ein Stückchen Feld. Anstatt noch das zu verkaufen, ist es besser, jenseits des Meeres sein Glück zu versuchen, und gewiß wird es dort nicht schlimmer sein. Nachdem der Herr Bezirkshauptmann das alles von uns gehört und nachdem er sich überzeugt, daß jeder von uns seinen Militärdienst absolvirt hatte, verweigerte er uns die Reisepässe und dreien von uns dictirte er je drei Tage Arrest.“

So sind österreichische Großgrundbesitzer und Beamte. Schlimmer sind sie auch in Rußland laum.

— Im englischen Unterhause ist die Adressdebatte am Dienstag geschlossen worden. Das Amendement Chamberlains, das besagt, es widerspreche dem öffentlichen Interesse, Maßregeln zu erörtern, die nach den Erklärungen der Minister keine Aussicht hätten, Gesetz zu werden, während ernste konstitutionelle Veränderungen in sich schließende Vorschläge angekündigt seien, über die die Ansicht des Parlaments sofort eingeholt werden sollte, ist mit 297 gegen 283 Stimmen verworfen worden. Alsdann beantragte Harcourt den Schluß der Debatte, der mit 279 gegen 272 Stimmen angenommen wurde. Hierauf wurde auch die Adresse angenommen. Eine klägliche Mehrheit von 14 Stimmen „stügte“ das liberale Cabinet gegen die unionistisch-conservative Opposition. Und diese Mehrheit kann stürzen über Nacht. — Ein Cabinetrath wurde denn auch sofort einberufen, um über die in Folge der überraschend geringen Mehrheit nothwendig gewordenen Schritte des Ministeriums zu beraten. Das wird natürlich auch nichts erbringen und man wird früher schon, wie man selbst glaubte, gezwungen sein, das Parliamt aufzulösen. — In Colchester wurde der Radikale Pearson mit 2559 Stimmen gegen den Unionisten Vereker, der 2296 Stimmen erhielt, zum Mitgliede des Unterhauses gewählt.

— Aus Holland wird der „L. B.“ mitgetheilt: Der Brüsseler internationale socialistische Congreß hatte bekanntlich einen Beschluß über Errichtung nationaler Arbeitersecretariate gefaßt. Der erste Bericht für die Niederlande ist jetzt erschienen. Bei seiner Stiftung am 9. Juli 1893 umfaßte das Secretariat 7 Arbeiterorganisationen. Am 1. Januar 1895 umfaßte es 22 Arbeiterorganisationen, zusammen 330 Vereine mit 15.728 Mitgliedern und 9 Organen. Der Bericht stellt eine übergroße Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des Secretariats fest. 65 Vereine mit 1887 Mitgliedern beantworteten eine diesbetreffende Frage. Unter 1887 Arbeitern waren nicht weniger als 715 Arbeitslose. Ueber die vergangene Matbewegung sagt der Bericht, daß sie in 54 Orten gefeiert wurde. Das Secretariat besorgte dazu 60 Redner. Es unterstützte weiter die stattgehabten Streiks der Zimmerleute, Cigarrenarbeiter, Buchdrucker, Piroppenschneider, Ketzenmacher, Bäcker, Diamantarbeiter und Bürstenmacher. Es warnt aber die Arbeiter vor unorganisirten Streiks.

— Aus Spanien wird gemeldet: Ruiz Zorilla, der bisherige Führer der unversöhnlichen spanischen Republikaner, hat politischen Selbstmord begangen, er hat mit der spanischen Regierung seinen Frieden geschlossen, kehrt aus der Verbannung zurück und erklärt, sich vom politischen Leben endgiltig zurückziehen zu wollen. Die bürgerlichen Republikaner in Spanien machen schlechte Geschäfte mit ihren Führern, Castelar wurde zum Negativen und Zorilla zieht sich von der politischen Kampfbühne feige zurück. Es ist die gleiche Erscheinung wie in anderen Ländern. Der bürgerliche Radicalismus geht überall den Krebsgang, die Socialdemokratie muß die Erbschaft übernehmen, ihr erwächst in allen Ländern die Aufgabe, nicht nur den wirtschaftlichen Emanzipationskampf für die Arbeiterklasse zu führen, sondern allein, ohne jede Unterstützung durch die Bourgeoisie, für die Erhaltung der politischen Freiheit zu wirken.

— Das norwegische Parlament ist in diesen Tagen mit der üblichen Thronrede eröffnet worden. Dieselbe erwähnt die Differenzen zwischen König und Volksvertretung nicht. Von Gesetzentwürfen werden in der Thronrede angekündigt solche über die Controle der Production und des Verkaufs von Margarine, über den Walfischfang, über die Wehrpflicht in den nördlichen Landesdistricten, über den Bau der Eisenbahn Bergen-Ostnorwegen-Christiania Njboiv. Da die vermehrten Staatsausgaben neue Einnahmequellen nöthig machen, wird eine Vorlage über eine Stempelsteuer auf Wechsel und andere Schuldscheine angekündigt. Schließlich erwähnt die Thronrede, daß noch bedeutende Summen nöthig seien, bevor das Vertheidigungswesen als zweckentsprechend geordnet angesehen werden könne.

— Die Friedensausichten für Ostasien scheinen noch recht schlecht zu sein. Wie der Londoner „Standard“ erfährt, werde es zu Friedensverhandlungen erst kommen, wenn die Japaner Peking eingenommen haben. Sobald Peking ernstlich bedroht würde, werde der Kaiser sowie die Mutter des Kaisers ihrer Sicherheit halber nach Kalgan in der Mongolei überfiedeln. Die japanischen Friedensbedingungen seien nicht mehr

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

Aus dem Reichstage. Das Centrum hat es offenbar sehr eilig, einen Entscheid über die Stellung der Regierung zum Jesuitenvertrag herbeizuführen. Gestern kam dieser Antrag bereits in dritter Lesung zur Annahme. Man darf darauf gespannt sein, ob die Regierung den oft abgelehnten Antrag nun annimmt oder ob sie glaubt, die Umsturzvorlage vom Centrum auch bewilligt zu erhalten, wenn die Jesuiten nicht hereingelassen werden. Nach der bisherigen Haltung des Centrums in der Umsturzvorlagen-Kommission war die zweite Annahme ja nicht unwahrscheinlich. In zweiter Lesung wurden dann die Anträge, das Wahlrecht in den Bundesstaaten betreffend, verhandelt; in der Hauptsache drehten sich die Verhandlungen auch diesmal wieder um die Verfassungszustände in Mecklenburg. Auf einige prozige Bemerkungen des mecklenburgischen Bevollmächtigten von Dörzen, dessen weniger urbane Gepflogenheiten neulich schon Senoffe Singer zum Gegenstand einer treffenden Kritik gemacht hatte, antworteten die Abgeordneten Luster und Bachnide der Freisinnigen. Die Antwort brachte den mecklenburgischen Baron so in den Harnisch, daß er für einen Augenblick den Reichstag mit seinem heimischen Ochsenstall zu verwechseln schien und den beiden Herren, die vor ihm geredet hatten, ganz grobe unparlamentarische Beleidigungen ins Gesicht schleuderte. Das gab Anlaß zu einer großen tumultuarischen Scene. Auf der linken erhoben sich sämtliche Mitglieder tiefen an die Rednertribüne heran und hinderten durch fortwährende laute Rufe „zur Ordnung“ den Bevollmächtigten am Weiterreden, erreichten auch, daß dieser ohne den Satz vollendet zu haben, sich wuthentbrannt auf seinen Stuhl niedersetzte und Präsident von Sebekow sein Bedauern über die vom Bundesrathliche gefallene Aeußerung aussprach. In Anbetracht, daß sich Herr von Sebekow grundsätzlich zu keiner directen Rüge Regierungsvertretern gegenüber veranlaßt sieht, die Berechtigungsfrage nach Lage der Geschäftsordnung auch eine zweifelhafte ist, möge man mit diesem indirecten Ordnungsruf zufrieden sein. Schließlich trat man noch in die Berathung des Antrags Hise, eine Enquete darüber zu veranstalten, ob die Frauenarbeit noch weiter beschränkt werden darf ein, kam damit aber nicht zu Ende.

* * *

42. Sitzung vom 20. Februar. — 1 Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Berathung des von dem Abg. Graf von Hompesch und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfes, betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu.

Abg. Graf v. Hompesch (Centr.) beschränkt sich auf die Bitte um Annahme des Antrages.

Der Antrag wird in allen seinen Theilen mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen die schwach besetzte Rechte, die Nationalliberalen und einige Freisinnige. Das Ergebnis der Abstimmung wird vom Centrum mit Beifall begrüßt.

Es folgt die zweite Berathung des von dem Abgeordneten Dr. Bachnide eingebrachten Gesetzentwurfes betreffend die Volkswahlvertretung in den Bundesstaaten in Verbindung mit den Anträgen Ander und Auer.

Mecklenburgischer Bundesbevollmächtigter v. Dörzen (auf der Tribüne fast unverständlich) polemisiert gegen die Ausführungen der Abgg. Dr. Bachnide und Richter bei der ersten Berathung des Gegenstandes.

Abg. Richter (freis. Sp.) erwidert: Herr v. Dörzen in einer spöttischen Weise, die dem Vertreter eines in der Kultur so weit zurück gebliebenen Staates wenig anstehet. (Heiterkeit) Die Ausführungen des Abg. Bachnide bekämpfen. Die Reichstagswahlen in Mecklenburg zeigten, wie die Bevölkerung über die Zustände im Lande denke. Die Mecklenburger hätten i. Z. mit der ständischen Verfassung gewiß aufgeräumt, wenn die Reichsexecution ihnen nicht in den Arm gefallen wäre und diese Reichsexecution sei durch Begehungen in Wien und beim Reichskammergericht veranlaßt worden. Ein Blick ins Brochhaus'sche Conversationslexikon hätte Herrn von Dörzen belehren können, daß seine gegentheiligen Angaben falsch seien.

Mecklenburg-Strelitz sei immer noch um 10 Procent reactionärer gewesen, als Mecklenburg-Schwerin. Es sei sehr unangebracht von dem Strelitzer Bevollmächtigten gewesen, von der Einigkeit zwischen Fürst und Volk in so hohen Worten zu reden. Wenn im Jahre 1849 nicht zwei Schwadronen preussischer Kürassiere dem Fürsten zu Hilfe gekommen wären, dann wäre es mit der Strelitzer Herrlichkeit völlig zu Ende gegangen. (Heiterkeit links. Unruhe rechts.) Vor Errichtung des deutschen Reiches sei in keinem deutschen Lande die Auswanderung und die Zahl der unehelichen Kinder so groß gewesen, wie in Mecklenburg. Ja, ohne die vielen unehelichen Kinder wäre Mecklenburg längst ausgestorben (Große Heiterkeit.) Erst seitdem das Reich Gewerbfreiheit und Berechtigungsfreiheit auch nach Mecklenburg gebracht habe, seien auch dort die Zustände besser geworden. — Redner polemisiert gegen die Aus-

führungen des Abg. v. Frege. Es habe ihn (Redner) eigenhümlich beehrt, daß ein Vertreter des modernen Briefabels (Große Heiterkeit links) mit größerer Leidenschaft für feudale Zustände eingetreten sei, als ein Vertreter des alten Adels. Auch sein Hinweis auf die stets vorhanden gewesene Einigkeit zwischen Fürst und Volk sei wenig am Platze gewesen. Wenn im Jahre 1849 nicht preussische Gardebataillone dem König von Sachsen gegen sein eignes Volk zu Hilfe gekommen wären, dann wäre es mit der sächsischen Herrlichkeit auch längst vorbei. (Unruhe rechts.) Redner empfiehlt den Antrag Ander.

Abg. v. Buchta (cons.). Der Vorredner hat einen lokalen deutschen Bundesstaat in einer Weise herabgewürdigt, wofür mir der parlamentarische Ausdruck fehlt. (Abg. Richter ruft: Es fehlt Ihnen ja auch sonst manches! Heiterkeit links.) Die Kompetenz des Reiches bestreite ich nicht. Ich leugne auch nicht, daß die Maschine der Gesetzgebung in Mecklenburg etwas langsam arbeitet, aber so schlimm, wie Abg. Bachnide die Sache hinstellt, ist sie doch nicht. Die Mecklenburger sind ganz zufrieden mit ihrem Staate. Die Finanzen sind geordnet. Redner polemisiert gegen die historischen Ausführungen des Abg. Richter. 1848/49 war das Recht auf Seiten der Stände — Richtig sei es, daß bei den letzten Reichstagswahlen in Mecklenburg auch viele socialdemokratische Stimmen über 30,000 abgegeben wurden, aber die socialdemokratischen Wähler hätten sich schwerlich auf den Antrag Bachnide verpflichtet. In keinem socialdemokratischen Wahlauspruch sei die Forderung einer Constitution für Mecklenburg aufgestellt worden. Der Parlamentarismus sei überall im Niedergang begriffen, da werde man ihn doch nicht Mecklenburg aufdringen wollen. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Bachnide (freis. Vereinig.). Der Nachweis ist noch immer nicht erbracht, weshalb man der mecklenburgischen Bevölkerung die politischen Freiheiten, deren sich die anderen deutschen Volksstämme längst erfreuten, noch länger vorenthalten wolle. Das mecklenburgische Volk werde unentwegt an der Forderung nach einer Verfassung festhalten und dafür sorgen, daß auch die mecklenburgische Weltgeschichte nicht still stehe. (Beifall links.)

Abg. Graf Bernstorff (Welse). Seine Partei sei grundsätzlich gegen jede Einmischung des Reiches in das Verfassungsleben der Einzelstaaten. Die Conservativen hätten gar nicht das Recht, sich als Schützer Mecklenburgs aufzuspielen, denn sie seien in Wirklichkeit gar nicht conservativ. Wenn hervorragende Mitglieder dieser Partei in Bezug auf die Handelsverträge außerhalb des Hauses erklärt hätten: Wenn uns Verträge nicht passen, so brechen wir sie, so widerstreite diese Rechtsauffassung der Anschauung der hannoverschen und hessischen Reichspartei. Mecklenburgs Zustände machten manche Mängel aufweisen, aber im Allgemeinen seien sie historisch begründet, einfach und gesund. Redner bittet die Anträge abzuwehren.

Abg. Singer (Soc.). Die berechtigten Forderungen des Volkes nach Freiheit und Recht können jedenfalls in einem großen Staat, wie das deutsche Reich es ist, besser gefördert werden, als in zersplitterten kleinen Staatsgebilden. Auch in Deutschland hat der Parlamentarismus Blüthen gezeitigt, wie sie als Folge des Parlamentarismus sich in anderen Ländern gezeigt haben. Wir sehen alle Tage Sonderinteressen im Reichstag vertreten, bei jedem Antrag, den die Rechte in Bezug auf Währung, Agrarpolitik u. s. w. einbringt. (Rebh. Widerspruch rechts.) Aber weil das der Fall ist, um so mehr muß dafür gesorgt werden, daß die großen breiten Volksmassen, über deren Geschick im Parlament entschieden wird, zu dem Rechte kommen, an der Gestaltung dieser Parlamente theilzunehmen. Das ist leider im Antrag Bachnide viel zu wenig ausgedrückt. — Redner polemisiert gegen die Ausführungen des Dr. Lieber in der früheren Discussion über diesen Gegenstand. Er bekämpfte unsern Antrag auf Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen mit dem Hinweis, daß wir diesen Antrag noch nicht für das Reichstagswahlrecht gestellt hätten. Herr Dr. Lieber glaubt doch wohl selbst nicht daran, daß wir den Frauen Wahlrecht für die Einzelparlamente geben wollen, für das Reichs-parlament aber nicht. Wir haben den Antrag nicht gestellt, weil es sich hier um die Einzelparlamente handelt. Herr Lieber meinte weiter: Wenn man wie wir auf dem Standpunkt stände: Reichsrecht geht vor Landrecht, so müßte man auch dazu kommen, gelegentlich die Einführung der Monarchie für Hamburg, Bremen und Lübeck zu beantragen. Ich kann ihm versichern, daß er sich von uns eines Ueberfalls auf die Republiken nicht zu gewärtigen braucht. Der Parlamentarismus habe abgewirtschaftet, man müsse wieder zur ständischen Gliederung der Gesellschaft zurückkehren, meinten die conservativen Redner, besonders die Mecklenburger. Mecklenburg befindet sich noch im Zustand feudaler Herrlicher Unschuld, kein Feigenblatt constitutioneller Verfassung deckt seine Wüthe, und so soll es immer bleiben, wollen die Herren. Dieser veralteten und verrotteten Auffassung muß entgegengetreten werden. Dazu ist der Reichstag der rechte Ort. Unser Antrag geht weiter, als die sonst vorliegenden Anträge. Uns genügt es nicht, daß nach dem Antrag Bachnide nur der Wunsch nach einem Gesetz ausgesprochen wird, wonach in jedem Einzelstaate eine Volkswahlvertretung sein soll; wir wollen auch sofort ausprechen, wie diese Volkswahlvertretung beschaffen sein soll. Sie darf in den Einzelstaaten nicht schlechter sein, als im Reich. Der Wähler, der zum deutschen Reichstage wählt, muß auch für den Landtag wählen dürfen. Auch der Antrag Ander, der schon etwas deutlicher ist, genügt uns nicht. Dennoch werden wir, falls unser Antrag abgelehnt wird, zunächst für den Antrag Ander und sollte auch dieser Antrag abgelehnt werden, für den Antrag Bachnide stimmen, weil wir nach Ablehnung unseres Antrages es wenigstens für wünschenswert halten, daß wir der Richtung, die auch der Antrag Bachnide nun einmal hat, unsere Zustimmung nicht verjagen und ihr zum Durchbruch zu verhelfen suchen. Unser Antrag fordert das allgemeine, gleiche, directe Wahlrecht. Das Dreiklassenwahlrecht, wie es in Preußen besteht, fördert mit seinen Verzerrungen und Unstimmigkeiten nur die Caricatur einer Volkswahlvertretung zu Tage; es führt zur

Vertretung des Geldsacks und läßt die Majorität der Bevölkerung in politischer Rechtlosigkeit. Wir verlangen ferner eine Ausdehnung des Wahlrechts auf alle diejenigen, die das 20. Lebensjahr überschritten haben. Wenn ihnen die bürgerliche Mündigkeit und das Verfügungsrecht mit diesem Allem gegeben ist, die berufliche Mündigkeit der Arbeiter, also der großen Mehrzahl des Volkes tritt übrigens schon viel früher ein, — wenn kaum den Knabenschuhen entwachsene Leute für fähig erachtet werden, den Thron zu besteigen und über die Geschicke ganzer Völker zu wachen, wenn weiter die jungen Leute von 20 und 21 Jahren gut genug sind, vor dem Feinde als Kanonensputzer zu dienen, dann darf man ihnen das Wahlrecht nicht vorenthalten. Schließlich verlangen wir die Ertheilung des Stimmrechtes an die Frauen. Die Frau muß häufig genug für ihren Unterhalt allein sorgen, sie ist civil- und strafrechtlich eben so verantwortlich wie der Mann, und da wollen Sie, indem Sie der Frau das Stimmrecht vorenthalten, die größere Hälfte der Gesellschaft verhindern, da mitzuwirken, wo die Möglichkeit gegeben ist, Gesetze und sociale Einrichtungen zu schaffen, deren Einwirkungen die Frauen ebenso unterworfen sind, wie die Männer. Wir fordern die Anerkennung des gleichen Rechtes für Alle. (Bravo bei den Socialdemokraten.)

Abg. Winterer (Elfässer) verlangt auch für die Reichslande eine besondere Volkswahlvertretung, da der jetzige Bundesauschuß nicht als solche gelten könnte. Der Wahlmodus sei i. Zt. den Elfässern aufgezwungen worden, die einmüthig das allgemeine Wahlrecht verlangen.

Mecklenburgischer Bevollmächtigter v. Dörzen wendet sich gegen die Abgeordneten Richter und Bachnide, deren Aeußerungen jedem Unstillsgefühl Hohn sprächen. (Großer Lärm links, andauerndes Rufen: zur Ordnung, zur Ordnung!)

Präsident von Sebekow spricht sein lebhaftes Bedauern aus, daß von Seiten des Bundesraths Aeußerungen gefallen seien, die mit der Ordnung dieses Hauses nicht im Einklange stehen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Lieber (Ctr.). Wir halten die Reichsgewalt nicht für zuständig, um sich in die Verfassung anderer Länder einzumischen. Daher können wir auf die Gründe des Abgeordneten Bebel überhaupt nicht eingehen. Wir halten auch den Reichstag nicht für zuständig, daß ein Antrag auf Verfassungsänderung eines Bundesstaates in ihm eingebracht werde, bevor nicht § 4 der Reichsverfassung geändert wird. Zu dieser Aenderung wird sich aber wohl der Bundesrath nicht herbeilassen.

Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Es folgen mehrere persönliche Bemerkungen.

Bei der Abstimmung werden alle drei Anträge abgelehnt. Für den Antrag Auer stimmen nur die Socialdemokraten, für den Antrag Ander freisinnige und süddeutsche Volkspartei und Socialdemokraten, für den Antrag Bachnide die Nationalliberalen in ihrer Mehrheit, die Freisinnigen, süddeutsche Volkspartei und Socialdemokraten.

Es folgt die Berathung des Antrags Hise, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Erhebungen darüber anzustellen:

1. wie die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen (§ 137 der Gewerbeordnung) in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung gewirkt hat;
2. welche Erfahrungen speciell bezüglich des Verhältnisses von Arbeitszeit und Arbeitsleistung gemacht sind;
3. wie weit die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen auf die der Arbeiter zurückgewirkt hat;
4. inwieweit nach den gemachten Erfahrungen eine generelle oder specielle Beschränkung der Arbeitszeit auch für die Arbeiter nothwendig erscheint und welche Beschränkung;
5. wie die Beschäftigung verheirateter Arbeiterinnen auf Gesundheit und Familienleben einwirkt;
6. inwieweit die Vorschrift der Gewährung einer 1½ stündigen Mittagspause für Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu besorgen haben (§ 137 Abs. 4 der Gewerbeordnung), jenen thatsächlich zu Gute kommt;
7. welche weitere gesetzliche Beschränkungen bezüglich der Beschäftigung verheirateter Frauen möglich und nothwendig erscheinen.

Abg. Hise (Centr.), auf der Tribüne fast unverständlich, begründet den Antrag. Wir haben im Arbeiterschutzgesetz von 1890 weitgehende Beschränkungen in Bezug auf die Beschäftigung von Arbeiterinnen eingeführt, namentlich in der Festsetzung eines hygienischen Maximalarbeits-tages. Wir bezwecken durch unsern Antrag festzustellen, in wie weit die Erfahrungen, die wir bisher bei den Arbeiterinnen gemacht haben, eine Regelung der Arbeitszeit auch für die Arbeiter nothwendig machen.

Staatssecretär v. Bötticher: Die Regierung hat sich über die einschlägigen Verhältnisse unterrichtet und erst im vorigen Jahre ein Rundschreiben an die Gewerbeaufsichtsbeamten erlassen, dessen Fragebogen so ziemlich die gleichen Fragen enthält, wie der heute vorliegende Antrag. Fortritt werde man gut thun, das Resultat der Umfrage bei den Gewerbeaufsichtsbeamten abzuwarten. Was die Arbeitszeit der männlichen Arbeiter anlangt, so ist ja bereits durch die Commission für Arbeitsstatistik die Untersuchung eingeleitet. Die Antragsteller dürften vertrauen, daß die Resultate des Eingreifens dieser Commission für das Borgehen des Bundesraths maßgebend sein würden. Besser wie eine allgemeine Enquete werde es sein, schrittweise vorzugehen bei den Betrieben, die die längste Arbeitszeit haben.

Abg. Schall (cons.). Auch er beklage das Ueberhandnehmen der Beschäftigung von Frauen und insbesondere unverheirateter Mädchen in der Industrie. Er wisse aber auch, daß unter den heutigen Verhältnissen nur ein schrittweises Vorgehen möglich sei. Die Arbeit der jungen Mädchen in den Fabriken sei an sich beklagenswerth, darüber würden wohl alle einig sein: Ob aber der Antrag practischen Werth habe, möchte er bezweifeln. Nach der so wohlwollenden Erklärung der Minister würde die Reichsregierung seiner Partei...

nicht für den Antrag stimmen, da sie ihn nicht für opportun hielten.

Abg. Müller (Dortmund, nat.) hätte gewünscht, daß Abg. Hise wenigstens eine gewisse Zeit Ruhe gehalten und nicht wieder so rasch mit seinen Wünschen hervorgetreten wäre. Die Verhältnisse der Industrie hätten sich noch nicht konsolidiert. Daß die verheiratete Frau in's Haus, in die Familie gehöre, sei auch seine Meinung. Indes müsse auch die ganze Lebenshaltung der Familie es gestatten, daß die Frau sich nur der Familie widme. Wenn man die Frau aus der Fabrik ganz vertreiben wolle, werde man in manchen Gegenden nur erreichen, daß die ganze Familie der öffentlichen Armenpflege anheim fällt. Jetzt nach 4 Jahren dürfe man nicht schon wieder mit einem Verlangen nach einer Enquete kommen. Wenn man jetzt der Industrie schon wieder neue Beschränkungen auferlegen wolle, besorge man nur die Geschäfte der Socialdemokratie.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (1. Sitzung des Tabaksteuergesetzes)

Schluß 5 1/2 Uhr.

In der Reichstagscommission für die Umsturzvorlage wurde heute die Beratung über den § 126 zu Ende geführt.

Nach der bisherigen Fassung des Strafgesetzbuchs wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft wer durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens den öffentlichen Frieden stört. In der Novelle wird eine Verschärfung des Paragraphen beantragt durch Fortlassung des Wortes „gemeingefährlichen“ und durch Anfügung eines zweiten Absatzes, der lautet: „Hat der Thäter in der Absicht gehandelt, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinzuwirken, oder darauf gerichtete Bestrebungen zu fördern, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein; auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.“

Dem Centrum wird heute beantragt, § 126 wie folgt zu fassen: „Wer durch Androhung eines Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre, und wenn die Androhung mit Hochverrath, Raub, Raub oder einem der Verbrechen der §§ 312, 313, 315, 322, 323 und 324 (sogenannte gemeingefährliche Verbrechen) erfolgt ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.“

Bebel wendet sich nochmals scharf gegen die Aufassung der Regierungsbereitern, daß in unverhältnismäßig kurzer Zeit eine gewalttätige Revolution bevorstehe. Im Jahre 1890 habe Jemand gesagt: „Die Socialdemokratie überlassen Sie mir, mit der werde ich allem fertig.“ Das jetzige Vorgehen der Regierung stehe dazu im schärfsten Widerspruch. Herr Nieberding hat kein Recht, sich auf die schweizerische Gesetzgebung zu berufen, denn diese ist lediglich durch das Treiben preussischer Epizel entstanden. Daneben sei auch dort die Auffassung und Handhabung des Gesetzes eingerichtet. Mit dem § 126 treffe man nicht die Führer der Socialdemokratie, sondern solche Leute, die sich meist der Tragweite ihrer Worte nicht bewußt sind. Ein wirklicher Grund für die neue Fassung des § 126 habe von keiner Seite erbracht werden können.

Staatssekretär Nieberding bestätigt, daß Siebmacht im Jahre 1884 im Reichstage sich für die gewalttätige Revolution ausgesprochen habe. Man solle nicht abwarten, bis die Bomben erst fliegen, sondern sich seiner Verantwortung bewußt bleiben.

Abg. Unneckerus (nat.) erklärt sich gegen den Antrag des Centrums und für die Regierungsvorlage. Der Centrumsantrag wolle gerade das aus dem Gesetze herausbringen, was die Regierung in wohl überlegter Absicht hineinbringen wolle. Er wünscht die Stellung der Regierung zum Centrumsantrag zu hören.

Abg. Langemann (freif. Sp.): Für ihn sei sowohl die Regierungsvorlage, wie der Antrag des Centrums unannehmbar.

Staatssekretär Nieberding: Der Centrumsantrag verneine das Bedürfnis, das die Regierung behaupte, nämlich Sorge zu treffen gegen Verbrechen, welche den Umsturz bezwecken. Die Regierung behaupte bei ihrer Aufassung, solche sie mit ihrer Aufassung nicht durchbringen können, so werde für das Verhalten der Regierung nicht lediglich der Centrumsantrag maßgebend sein, sondern der ganze Charakter, den die Angelegenheit gewonnen. Hingegen sei er nicht in der Lage, eine positive Erklärung abzugeben.

Abg. von Bucha (dem.) beantragt für den Fall der Ablehnung des § 126 der Regierungsvorlage den § 126 des Strafgesetzbuchs wie folgt zu fassen: „Wer durch Androhung eines Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre, und wenn die Androhung mit Hochverrath, Raub, Brandstiftung, Raub oder einem anderen gemeingefährlichen Verbrechen oder mit einem der in den §§ 3-8 des Strafgesetzbuchs vom 9. Juni 1884 gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Schmutz von Sprengstoffen genannten Verbrechen erfolgt ist, mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei dem Vorhandensein nachstehender Umstände mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft. Neben der Zuchthausstrafe kann auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt werden.“

Bebel bestätigt aus dem amtlichen stenographischen Protocoll der Sitzung vom 21. März 1884, daß Abg. Siebmacht genau das Gegenteil von dem ausgesprochen hat, was Nieberding behauptet. Siebmacht habe damals ausdrücklich gesagt: „Wenn das Wort Revolution“ in unserem Sinne bedeutet, „Gewaltthätiger Umsturz“ und wenn Sie uns nachweisen können, daß wir den gewaltthätigen Umsturz anstreben oder beabsichtigen, kann freilich meine Partei, werden Sie mit Ihrem Antragsgesetz vollkommen Recht haben. Das habe ich Ihnen schon bei einer früheren Gelegenheit nachdrücklich zugesprochen. Unsere Partei hat sich aber stets gegen diese Auslegung des Wortes „Revolution“ gewehrt. Schon bei der Stelle haben Sie das. Bebel betont nochmals, daß es Unrecht sei, die Socialdemokratie der Absicht des gewaltthätigen Umstuzes zu beschuldigen.

Abg. Dr. Barth (freif. Bgg.) vertritt dieselbe Ueberzeugung und wendet sich entschieden gegen jede Aenderung des § 126, da ein Beweis für die Nothwendigkeit einer solchen durchaus nicht erbracht sei. Es bleibe abzuwarten, ob der Ausrufungsproceß des Centrums sich soweit entwickelt, daß zwischen der 1. und 2. Lesung sich eine Basis für die Vorlage zwischen Centrum und Regierung ergebe.

Abg. Spahn (Chr.) widerspricht dieser Auffassung und bestreitet den Ausrufungsproceß.

Abg. Ojann (nat.) beantragt im Antrag Bucha hinter das Wort Hochverrath das Wort Landesverrath einzufügen und am Schluß zu sagen, statt „mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren“ u. „mit Gefängnis bis zu drei Jahren“ und in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu drei Jahren.“

Abg. von Salisch (dem.) behauptet, die socialdemokratischen Fraktionsmitglieder hätten eine Schmäntung aus tatsächlichen Gründen gemacht und sie bemühen sich, hier als Ordnungsparteien zu erweisen.

Abg. Frohme (Soc.) widerspricht dem entschieden und führt aus, daß die Stellung, die er und seiner Freunde in der Commission betreffend die Frage des gewaltthätigen Umstuzes eingenommen haben, von der Socialdemokratie stets eingenommen worden sei. Das Gegentheil könne nur der behaupten, der die Geschichte der Socialdemokratie nicht kenne und insbesondere über ihre Literatur in glücklicher Unwissenheit sich verbeude.

Bei der darauffolgenden Abstimmung wird zunächst Absatz 2 der Regierungsvorlage mit 12 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Dann wird das Amendement Ojann mit 4 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag Bucha wird mit 11 gegen 16 Stimmen abgelehnt und ebenso wird schließlich der Centrumsantrag mit 10 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Absatz 1 der Regierungsvorlage wird mit 19 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Commission spricht hierauf die Vertagung der Sitzung aus — Die nächste Sitzung wird auf Freitag Vormittag 10 Uhr anberaumt.

Einiges von der Kindersterblichkeit in Schlesien.

B. G. Was in der Vertulchung der gegenwärtig herrschenden socialen Uebelstände gelehrt wird, ist wirklich erschauend; und zwar erschauend nicht nur etwa wegen des dabei angewendeten Raffinements — obgleich auch das keineswegs unerheblich ist —, sondern noch viel mehr wegen der urgeheuten Dummheit, die zuweilen dabei zu Tage tritt.

Es thut uns leid, daß wir keine zarteren Ausdruck zur Bezeichnung der bei dieser Gelegenheit hervortretenden Thatsache in Anwendung bringen können. Wir würden das sehr gern gethan haben, zumal es sich bei der Arbeit, die uns augenblicklich beschäftigt, um eine schriftstellerische Leistung eines Gelehrten und um ein Bismarckgebiet handelt, das an sich von hoher socialpolitischer Bedeutung ist. Wir stehen aber unter der Herrschaft unerbittlicher Thatsachen und müssen, entsprechend dem Eindruck, den dieselben auf uns machen, herb und deutlich der Wahrheit die Ehre geben.

Ein Herr Dr. R. Sentemann hat in dem kürzlich erschienenen 5. Bande der für die Bevölkerungsstudie dieses Jahrhunderts keineswegs bedeutungslosen „Beiträge zur Geschichte der Bevölkerung“, herausgegeben von Prof. F. J. Neumann in Leipzig, eine Untersuchung über die Bedeutung socialer Verhältnisse für die Kindersterblichkeit veröffentlicht.

Bei dieser seiner Untersuchung kann sich auch Dr. Sentemann der steigenden Gewalt der Thatsachen im Allgemeinen nicht entziehen. Die die Kindersterblichkeitsverhältnisse kennzeichnenden Zahlen charakterisieren die Zustände, wie sie die capitalistische Produktionsweise geschaffen hat, als geradezu jammervoll.

Wie sehr er sich aber bei seiner Arbeit als Vertreter der capitalistischen Gesellschaft bewährt, das geht zum Beispiel aus folgender Zahlenzusammenstellung hervor.

In dieser Zusammenstellung ist eine Anzahl socialer Klassen in Schlesien aufgeführt, innerhalb welcher von hundert Geborenen in Summe der Jahre 1880-88 vor Vollendung des ersten Lebensjahres gestorben sind: I. Klasse: Städtisches Heer 21,9. II. Officielle Beamte 24,6. III. Privatbeamte 25,5. IV. Selbständige in Besch. Bernf, Erwerb 26,9. V. Tagelöhner 28,1. VI. Schülern, Fabrikarbeiter 29,8. VII. Rentner a. j. m. 29,8. VIII. Gekerkte 35,5.

Dem Gebilde ist also die Kindersterblichkeit erschreckend groß, indem von allen Kindern mehr als ein Drittel vor dem ersten Lebensjahre ins Grab sinkt.

Daß die große Zahl der hier in Betracht kommenden unglücklichen Kinder auf die Erziehung der Sterblichkeit einwirkt, darüber kann kein Zweifel sein. Daß auch in der Klasse der Schülern und Fabrikarbeiter eine sehr betrübliche Kindersterblichkeit festzustellen ist, wird gleichfalls keinen Zweifel unserer socialen Verhältnisse in Schlesien setzen.

Bei Schülern und Fabrikarbeitern sind eben un-

eheliche Kinder auch nichts seltenes und ihre wirtschaftlichen Verhältnisse lassen, ebenso wie beim sogenannten Gefinde, bekanntlich auch außerordentlich viel zu wünschen übrig.

Aber daß dergleichen Umstände so sehr wesentlich auf die Vermehrung der Kindersterblichkeit einwirkt, mußte eigentlich doch sehr zweifelhaft erscheinen gegenüber der Feststellung des Herrn Dr. Sentemann, daß bei der Klasse der Rentner gerade so wie bei Gesellen und Fabrikarbeitern auf hundert Geborene von 1880-88 in Schlesien 29,8 Todesfälle im ersten Lebensjahre gekommen sind. Glücklicherweise steht hinter Rentner das verätherische u. s. w. Derjenige der von den Wippchen unserer Statistiker ein Ahnung hat meist an so einer Kleinigkeit sofort, daß diese in ihren Fällen die Ursache für die hohe Sterblichkeitsziffer der Rentnerkinder verbirgt.

Dem ist denn auch in der That so!

Herr Sentemann hat nämlich in die Klasse der Rentner, Pensionäre auch in seiner liebenswürdigen Humanität „die von Unterstützung lebenden Personen“ aufgenommen und so — Reiche und Allerärmste mit einander vermengend, höchst energisch die Sterblichkeitsziffer der Rentnerkinder um eine ganze Reihe von Stufen herabzudrücken verstanden.

Jeder unparteiische und ehrliche Mensch wird unangehen, daß solchen Statistikerkniffen gegenüber die Bezeichnung „Dummheit“ wahrlich nicht zu hart ist. Die nackten statistischen Thatsachen in ihrer brutalen Offenherzigkeit lassen glücklicherweise dergleichen plumpe Taschenspiele erkunftsüchtige nicht immer zu, deswegen konnte Dr. Sentemann nicht verheimlichen, daß unter schönes und bekanntlich auch so reiches Schlesien in 29,2 Procent der im ersten Lebensjahre gestorbenen Kinder unter allen Provinzen des preussischen Staates die größte Kindersterblichkeit hat, und daß sich in dieser Beziehung besonders die Regierungsbezirke Liegnitz und Breslau auszeichnen.

Diese beiden Regierungsbezirke haben weitaus die höchste Kindersterblichkeit in Preußen aufzuweisen. Der Regierungsbezirk Oppeln, in dem die ländliche Bevölkerung überwiegt, weist nur 24,48 Procent auf, während Breslau es auf 31,96 und Liegnitz sogar auf 32,90 gebracht hat.

Unsere bestehenden Klassen in Schlesien können sich auf die Ergebnisse ihrer Herrschaft in socialer Beziehung wahrhaftig etwas einbilden. Sie haben zwar das arbeitende Volk noch nicht ganz in das bessere Jenseits befördern können, sorgen aber beständig dafür, daß nahezu ein Drittel seiner Nachkommenschaft im ersten Lebensjahre schon durch die janua vitae*) wieder den Weg aus dem irdischen Jammerthal hinausfindet.

Zwischen den Zeilen der Bemerkungen des Herrn Dr. Sentemann zu seinen statistischen Zusammenstellungen grinst die echt bürgerliche Entrüstung über die Verworfenheit des niederen Volkes im übrigen nur zu deutlich hervor.

Auch in der Arbeiterklasse, meint er, wird die Kindersterblichkeit durch eine nicht geringe Zahl unehelicher Kinder übel beeinflusst. Ein weiterer Uebelstand beruht auf der hohen ehelichen Fruchtbarkeit. Eine übermäßige Kindererzeugung, die in schreiendem Mißverhältnis zu den vorhandenen Unterhaltungsmitteln steht, zerrüttet die ökonomischen Verhältnisse. Vernachlässigung oder gar Verwahrlosung der Kleinen ist die Folge und so sehen wir denn auch in den Zahlen, die die Statistik bietet, ein fortschreitendes Anwachsen der procentualen Kindersterblichkeit in Uebereinstimmung mit der zunehmenden Höhe der Kinderzahl. Die letztere steht in Zusammenhang mit dem frühzeitigen Heirathsalter in der männlichen Arbeiterbevölkerung.

Demgegenüber blüht Herr Dr. Sentemann mit vieler Befriedigung auf die geringere Sterblichkeit bei Privatbeamten, öffentlichen Beamten und beim Heer!

Größeres Standesbewußtsein und ein höheres Maß von Selbstbeherrschung und Gewissenhaftigkeit sind die naturgemäß mit ihrer Stellung verbundenen sittlichen Vorzüge.

Herr Dr. Sentemann ist entweder ein gelehrter Narr, dem in seiner Verbobtheit jede Fähigkeit zur Beurtheilung statistischer Thatsachen abhanden gekommen ist, oder er ist ein unglaublich dreister Heuchler. Er als Socialpolitiker und Statistiker muß es ja wissen, daß bei den wirtschaftlich schlechtesten Klassen der Bevölkerung alle Uebel, welche die Kindersterblichkeit steigern, die Erziehung einer größeren Zahl unehelicher Kinder bei den Eltern, das zu frühe Heirathsalter bei den Andern, das schreiende Mißverhältnis der Kindererzeugung und der vorhandenen Unterhalts-

*) Die Pforte des Lebens, welche nach dem lateinischen Sprichworte mors — der Tod — ist.

mittel, die Vernachlässigung oder gar Verwahrlosung der Räder nicht hervorgehen aus dem Mangel an Selbstbeherrschung und Gewissenhaftigkeit und anderer sittlicher Vorzüge, sondern allein und ausschließlich aus dem wirtschaftlichen Glend, welches hervorgerufen und hartnäckig erhalten wird durch die schamlose Ausbeutung des Arbeitervolkes seitens der angelegentlich moralisch höher stehenden besitzenden und herrschenden Klassen.

Solche Socialstatistiker, wie Dr. Sentemann, verdienen es, als unehrlich und wissenschaftlich gewissenlos, öffentlich gebrandmarkt zu werden, und das sei hiermit geschehen.

Locales.

Breslau, den 21. Februar 1895.

[Eine große Volksversammlung], in welcher der Reichstagsabgeordnete Genosse Wilhelm Liebknecht über das Thema: „Die Handwerkerfrage und die Situation im Reichstage“ referieren wird, findet Sonntag, den 24. Februar Nachmittags 4 Uhr, im großen Saale des Etablissement „Deutscher Kronprinz“ statt. Parteigenossen, agitor für zahlreichem Besuch der Versammlung. Frauen sind eingeladen.

[Vergeßt die hungernden Menschen nicht!] haben wir dem stereotypen „Vergeßt die hungernden Vögel nicht!“ entgegengesetzt. Tausende sind arbeitslos, Tausende wissen nicht, wo sie die allernötigsten Lebens- und Unterhaltungsmittel hernehmen sollen. Tausende frieren und hungern, weil es die „göttliche Veltordnung“ so will. Auf der einen Seite prästender Ueberfluß, auf der andern Seite bitteres Glend! So ist die beste der Welten beschaffen, in der wir leben, in der für Pferde, Zughunde, Kettenhunde und Vögel, nicht aber für die Menschen gesorgt wird! Gibt es einen größeren Widerspruch und Widerfinn? Nur gut, daß das Volk immer mehr seine „Wohlthäter“ erkennt!

[Der Anfang des Schuljahres.] Unter Aufhebung der in einer Verfügung vom 28. Januar 1881 getroffenen Bestimmung, nach welcher der Anfang des neuen Schuljahres regelmäßig auf den ersten April fallen soll, hat die Regierung zu Breslau, wie die „Schles. Ztg.“ mittheilt, neuerdings angeordnet, daß künftig, und zwar schon von dem diesjährigen Oftertermin an, das neue Schuljahr wieder wie früher mit dem ersten Schultage nach den Ofterferien zu beginnen hat und daß dem entsprechend das Schuljahr auch mit dem letzten Schultage vor diesen Ferien zu schließen ist.

[Der Niederschlesische-Märkische Bahnhof.] zur Zeit Sitz des Eisenbahn-Betriebsamtes Breslau-Sommerfeld, wird voraussichtlich zum 1. October d. J. für den Personenverkehr noch nicht geschlossen werden können, weil sich, wie jetzt mitgetheilt wird, erhebliche betriebstechnische Bedenken geltend machen.

[Wichtig für Krankenkassen] ist eine Entscheidung, die das Reichsgericht am 7. Februar gefällt hat. Es wurde ausgesprochen, daß der § 5a des Krankenversicherungs-Gesetzes so aufzufassen sei, daß sämtliche von einem Arbeitgeber beschäftigte Personen, gleichviel wo die Arbeitsstätte sich befindet, dort ihrer Versicherungspflicht zu genügen haben, wo das Domicil des Arbeitgebers ist. Das ist von einschneidender Bedeutung für das Baugewerbe, da sich aus der schwankenden Auffassung des § 5a öfter Streitigkeiten bei den Gerichten ergeben haben. Der Centralverband deutscher Baugewerksmeister hat daraufhin beschlossen, eine Petition an den Reichskanzler und das Staatsministerium zu richten; dieselben werden ersucht, im Wege des Bundeserlasses anzuordnen, daß die Verwaltungsbehörden dieser Entscheidung des Reichsgerichts gemäß die Krankenkassen-Vorstände instruieren.

[Den jugendlichen Arbeitern] sind nach einer Entscheidung auf Grund des § 136 der Gewerbeordnung an jedem Arbeitstage regelmäßige Vormittags-, Mittags- und Nachmittagspausen zwischen den Arbeitsstunden zu gewähren, und es ist deshalb unter allen Umständen unzulässig, die Vormittagspause vor den Beginn der Arbeitszeit zu verlegen.]

[Den Parteigenossen der Ohlauer Vorstadt.] ist es, nachdem ihnen weit über ein Jahr kein Local zu Vereinsversammlungen und sonstigen Zwecken zur Verfügung stand, nunmehr nach den vielen Bemühungen gelungen, wieder ein Local zu erringen und zwar das Restaurant „Zur Eisenbahn“, Bräuerstraße 31. Der Wirth, Herr Köppling, erklärte sich gerne bereit, sein Local den Mitgliedern des social-

demokratischen Vereins und den Gewerkschaften zur Abhaltung von Rassenabenden u. dergl. zu überlassen, so daß am nächsten Sonnabend schon der erste Rassenabend des socialdemokratischen Vereins stattfinden wird. -- An den Genossen liegt es nun, das so mühevoll Errungene zu behaupten und durch recht regen Besuch des Locals zu zeigen, daß wir es sehr wohl zu würdigen wissen, wenn sich ein Gastwirth über die noch so allgemein herrschenden Vorurtheile hinwegzusetzen vermag. Das Local ist ganz dazu angethan, jedem Genossen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Es ist deshalb zu erwarten, daß die Genossen der Ohlauer Vorstadt die Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen lassen und das Local zu ihrem Central- und Sammelplatz erheben werden.

[Stadt-Theater.] Heute, Donnerstag, geht Plotows romantische Oper „Alessandro Stradella“ in Scene. -- Freitag gelangt Schillers Trauerspiel „Die Räuber“ zur Aufführung.

[Kobc-Theater.] Die Premiere des neuen Schwantes „Fernands Ehecontract“ von Georges Feydeau hat Director Witte-Wild dem beliebten Komiker Max Voewe für Sonnabend zum Benefiz bewilligt. Der Vorverkauf für die Premiere beginnt heute Donnerstag. Die ersten drei Aufführungen dieser kostspieligen Fiktion (das Aufführungsrecht kostet allein 2500 Mark) finden außer Bonus-Abonnement statt, jedoch ohne Erhöhung des Preises.

[Concordia-Theater.] Heute geht das Lustspiel „Weiberziehung“ zum letzten Male in Scene und gleichzeitig werden Compositionen des Kapellmeisters Baumgarten zum Vortrag gelangen. Morgen findet die zweite Wiederholung des „Probepfeil“ statt. Als nächstes Rassenstück wird die neueste Treptow'sche Posse „20,000 Mark Belohnung“ einstudirt, welches z. B. in vielen größeren Städten gegeben wird.

[Todesfall.] Am 19. Februar starb der Senior der Breslauer Künstlerzunft, Porträt- und Stilllebenmaler Emil Brehmer, im 73. Lebensjahre.

[Im städtischen Verhant] war zu Anfang des Jahres 1895 ein Pfänderbestand von 9919 Stück gegen ein Leihcapital von 218,633 Mark vorhanden. Der Zugang betrug im Januar 1619 Pfänder mit 32,047 Mark Leihcapital (im December v. J. betrug der Zugang nur 1417 Pfänder mit einem Leihcapital von 28,127 Mark). Eingelöst wurden 1446 Stück mit 30,193 Mark. -- Ende Januar verblieb ein Bestand von 10,092 Pfändern mit einem Pfandwerthe von 220,487 Mark.

[Körperverletzung.] Am 18. d. M. Abends wurden ein Telegraphenarbeiter und ein Dachbeder, sowie dessen Schwester in der Nähe der Schießstände auf der Viehweide, von einem Manne angefallen, der sich auf den Telegraphenarbeiter stürzte und diesem, anscheinend mit einem Messer, an der rechten Schläfe eine klaffende Wunde beibrachte. Der Verletzte mußte im Allerheiligen-Hospital Aufnahme nachsuchen. Der Thäter entkam unerkannt.

[Ergriffener Dieb.] Am 19. d. Mts., Nachmittags, entwendete ein Dieb aus einem Stalle auf der Siebenhufenerstraße einen Pelz im Werth von 40 Mk. Der Dieb wurde beim Verlassen des Stalles bemerkt und bis auf die Freiburgerstraße verfolgt, wo er ergriffen wurde. Den Pelz hatte er unterwegs weggeworfen oder einem Complicen übergeben.

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet wurden am 19. d. M. 62 Personen. -- Gestohlen wurde aus einem Hause auf der Sonnenstraße eine Lampe. -- Abhanden gekommen: ein Ring mit Smilli, eine Portemonnaie mit 16 Mk., ein Geldbeutel mit 4 Mk. und eine blaumollene Pferdebede. -- Gefunden: ein Hundehalsband, eine Brille, ein Düngerhafen, ein Dienstbuch und ein Portemonnaie mit Inhalt.

Schlesien.

X. S. Stegah, 20. Februar. Barbarische Rohheit. Auf dem Güterboden des Bahnhofes mißhandelte der Kutscher eines hiesigen Expeditionsgehefts zwei junge Leute in äußerst roher Weise. Als dem Kutscher einer derselben, ein Laufbursche, mit einem Colliis in den Weg kam, schlug er diesen mit einem eisernen Nachhaken derart auf den Kopf, daß das Blut sofort herumspritzte; auch der dem Laufburschen beim Transport des Colliis hilfeleistende junge Mann wurde von dem Kutscher durch Schläge nicht unbedeutend verletzt. Die beiden Mißhandelten mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen und wird die Sache noch ein gerichtliches Nachspiel haben. -- Durch Erhängen machte ein Beamter der hiesigen Garnisonverwaltung seinem Leben ein Ende. Ueber die Beweggründe zu dieser That laufen verschiedene Gerüchte um.

* Oirschberg, 20. Februar. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich gestern vor der hiesigen Strafkammer der Arbeiter Friedrich Wilhelm Sch. aus Hermsdorf u. R. zu verantworten. Der Angeklagte hat dem Boiren a. d. R. zu Folge, im Juli 1894 in einem hiesigen Gasthause, wie durch die Zeugenausagen bestätigt wird, eine beleidigende Aeußerung gegen den Kaiser ausgesprochen. Herr Staatsanwalt Jizlaff beantragt 4 Monate, der Gerichtshof erkennt auf 2 Monate Gefängniß.

* Lauban, 19. Februar. Großes Aufsehen erregt hier selbst seit Sonnabend eine noch unauflösliche Angelegenheit bezw. eine noch gänzlich unabweisene Beschuldigung, die Fabrikbesitzer Wolff (Fritz Wolff u. Feld, Ober-Altdauban) gegen einen seiner Angestellten, der im Lager beschäftigten Buchhalter Hente, erhebt. Letzterer, der nach vorausgegangener Kündigung am 1. April d. J. aus seiner hiesigen Stellung austrat, war, wie das hiesige „Dombblatt“ berichtet, am Sonnabend dem Geschäft ferngeblieben, worauf Herr Wolff der Polizei die Anzeige erstattete, daß sich bei der Inventur ein Fehlbetrag von nicht weniger als zwanzigtausend Mark herausgestellt habe und den Verdacht, Unterthats in dieser Höhe begangen zu haben, gegen den genannten Buchhalter geltend machte. Sofort wurden auf Veranlassung des Herrn Wolff Telegramme

dieses Inhalts mit Verhaftsbefehl gegen den Beschuldigten abgesandt. Dieser aber kam Abends aus Gärlich zurück, ohne Kenntniß von den gegen ihn eingeleiteten Schritten zu haben. Er hat sich nach seiner Angabe lediglich um neue Stellung in Gärlich beworben. Allerdings kann sein unentschuldigtes Fernbleiben vom Geschäft verdächtig erscheinen, inbessern soll H. glaubhafte Gründe für diese Unterlassung geltend machen. Im übrigen sind bisher keinerlei Angaben gemacht, auf welche Weise die 20,000 M., und ob baar oder in Waaren abhanden gekommen sind. Herr H. ist auf freiem Fuße belassen worden und bestreitet jegliche Schuld.

* Neusalz a. O., 20. Februar. Einem großen Vertrauensbruch hat sich nach dem „Negn. Anz.“ der gegenwärtig bei den 4. Dragonern stehende, ca. 19jährige ehemalige Comptoirist Gr. schuldig gemacht. Derselbe war bis October v. J. bei dem Fabrikbesitzer R. hieselbst in Stellung und hat, wie sich jetzt herausstellt, nach und nach über 2200 Mark unterschlagen. Bis jetzt sind 23 Fälle von Unterschlagungen ermittelt, doch ist hiermit die Zahl derselben noch nicht abschließen. Die Musiklieferung des Gr. an die Civilbehörde dürfte binnen Kurzem stattfinden, da bereits Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden ist.

* Landeshut, 20. Februar. Verübung durch Leuchtgas. Das „Landesh. Stadtbl.“ schreibt: Die Porzellanhändler Sander'schen Eheleute auf der Oberstraße fühlten sich am letzten Donnerstag plötzlich unwohl, klagten über Kopfschmerzen und legten sich schließlich zu Bett in der Hoffnung, daß sich das Leiden heben würde. Als am anderen Morgen die Eheleute nicht zu sehen waren, brang eine Aunverwandte in das Zimmer und fand das Ehepaar vollständig bemußlos. Auf Requisition eines sofort herbeigerufenen Arztes wurde dasselbe nach dem Krankenhause gebracht, woselbst der Ehemann am anderen Tage verschied, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben; die Frau ist wieder zu sich gekommen, ist aber noch sehr schwach. Die Untersuchung der Wohnung ergab, daß durch ein schadhaft gewordenes Gasrohr Gas in ziemlicher Menge in die Wohnung gedrungen war und das Unglück herbeigeführt hat. Einen eigenthümlichen Geruch will man schon Tags vorhergenommen, aber der Sache weniger Beachtung geschenkt haben.

r. Wüstegiersdorf. Seit einiger Zeit geben sich hier einige Herren die größte Mühe, den Arbeitern und Handwerkern zu beweisen, daß nur der Anschluß an die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine deren Heil bedeutet. Diese Herren fordern die Arbeiter und Handwerker in langathnigen Artikeln auf, Vereinen dieser Art beizutreten, die bemüht und bestrebt wären, eine Verbesserung der Lage der Arbeiter auf „friedlichem“ Wege und in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern, dem Unternehmertum, zu erreichen. Arbeiter und Arbeitgeber, Ausbeuter und Ausgebeutete, sie alle sollen sich schleunigst in die allein seligmachenden, heilsbringenden Gewerksvereine begeben und die sociale Frage ist gelöst. Die Arbeiter haben, um Mitglieder zu werden, nur einen Heberz zu unterschreiben, daß sie keine Socialdemokraten sind, die Arbeitgeber finden selbstverständlich die bereitwilligste Aufnahme als Ehrenmitglieder. So wünschen und wollen es die Harmonieapostel. -- Nun, wir meinen, daß all dieses Vieheswerben um die Gunst der Arbeiter und Handwerker nicht den beabsichtigten Erfolg haben wird. Die Arbeiter, die nur einigermassen denken können und erkennen, in welcher Klassenlage sie sich heut befinden, gehen nicht in die ihnen von jener Seite gestellte Falle. Für sie sind die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine ein längst überwundener Standpunkt und nur unklare Köpfe können noch glauben, daß solche Organisationen für die Arbeiter von Vortheil seien. So wenig wie vor Jahrzehnten die Pläne eines Schulz-Delitsch, sein Genossenschaftswesen, die Entwicklung des Capitalismus hindern konnte, so wenig vermögen die Gewerksvereine der stetig um sich greifenden Arbeitslosigkeit durch Unterstützungskassen einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Und auch sonst haben diese Vereinigungen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter auf ihrem „friedlichen“ Wege noch nichts gethan, wie die Thatfachen beweisen. So haben gerade die Stublarbeiter in Tannhausen und Hausdorf, die zum großen Theil in den dortigen Ortsvereinen Hirsch-Dunder'scher Richtung organisiert sind, eine Arbeitszeit von 5 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends bei verhältnismäßig schlechten Löhnen, von 1,20 bis 1,30 Mark pro Tag. Wo bleiben denn da die großen Errungenschaften der Gewerksvereine? Möchte man doch einmal seitens derselben gerade in den Gegenden, wo sie am stärksten vertreten sind, Statistiken über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Arbeitslosigkeit vornehmen, dann würde es sich zeigen, wer am meisten dazu beigetragen hat, die erbärmliche Lage der Arbeiter und Handwerker zu verbessern. Das Resultat solcher Erhebungen zeigte den Arbeitern schon den rechten Weg, den sie gehen müssen, wenn es ihnen darauf ankommt, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Wer da glaubt die heutigen miserablen Verhältnisse nach dem Rezept der Gewerksvereine bessern zu können, täuscht sich gewaltig, denn die Bestrebungen derselben führen zum wirtschaftlichen Chinesenthum. Die Arbeiter, die es ernst mit sich meinen und Rassenbewußt sind, schließen sich Organisationen an, die nicht nur die Interessen der Unterbeuteten und Ausgebeuteten im Auge behalten und zu jeder Zeit energisch zu vertreten wissen. Möge die hiesige Arbeiterchaft dies bedenken und darnach handeln; der Erfolg wird sich auch hier bald zeigen!

Aus den Nachbarprovinzen.

Wosen. Von befreundeter Seite wird uns geschrieben: Alljährlich, wenn der Winter kommt, Allen hat die Gefängnisse und Arbeitshäuser. Die Strafbauerei wird von der grimmigen Kälte mit Arbeitslosen aller Art besetzt. Der Geldproß sagt: Das ist der Zug der Zeit, kein Mensch will arbeiten. -- Hält sich in seinen Pelz und geht zum Frühlings. Wir brauchen hier derartige Redensarten nicht zu widerlegen. Jeder aufmerksame Leser unserer Blätter ist über die Ursachen dieser von Jahr zu Jahr wiederkehrenden Erscheinungen unterrichtet. Die Thatfachen sind unsere mächtigsten Bundesgenossen und schildern die trübselige Zeit der Arbeiterausbeutung täglich in grellem Farben. Das Haus in dem ich wohne, wurde im vorigen Sommer ge-

haut. Der Bauherr vergab die einzelnen Arbeiten an solche Unternehmer, welche für die Ausführung die denkbar billigsten Preise verlangten. Diese, um etwas dabei zu verdienen, brühen natürlich nach unten, auf die Arbeitslöhne. Am 18. Februar kam ein Maler an meine Thür betteln, der die Malerarbeiten von Anfang bis Ende mit ausgeführt hatte. Als der Bau fertig war, fand er trotz der eifrigsten Bemühungen keine Arbeit. Er ist Familienvater und hat zu Hause vier kleine Kinder. Im Accord verdiente der Maler bis 375 Mk. den Tag. Dem Philister ist dies eine ungeheure Summe, wenn man aber denkt, daß die lange Periode der Arbeitslosigkeit als hinterer Note folgt, so erscheint dieser Lohn als wahrer Hungerlohn. Wie umfangreich in P o s e n u n d U m g e b u n d die Arbeitslosigkeit ist, beweist wohl der Umstand, daß an einem Tage 10 Bettler an meiner Thür waren. Keine sogenannten Berufsbettler, sondern wirkliche Arbeitslose: nur Leute im besten Mannesalter, drei derselben waren von auswärtig, die übrigen aus der Stadt; den Berufen nach waren es 3 Maurer, 3 Arbeiter, 2 Maler, 1 Schmied, 1 Photograph. Es vergeht jetzt kein Tag, wo nicht mindestens 3 bis 4 Bettler an die Thür klopfen. Es giebt so manchen Betrieb, in welchem kräftige Männer beschäftigt werden könnten, wo aber junge Mädchen und Frauen schaffen, nur deshalb, weil Männer bei den gleichen Löhnen wegzugieren müßten. Da arbeiten z. B. jahraus, jahrein, in dem Bierverlag von Stiller 6 junge polnische Mädchen, welche das Auf- und Abladen der schweren Bierkasten und Fässer, sowie das Aufbewahren des Bieres besorgen müssen. So macht die Frau dem Manne auch in den schwersten Arbeiten Konkurrenz, ohne daß sie in der Organisation mit ihm Schulter an Schulter kämpfen darf.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. Februar. Der „Kreuzzeitung“ zufolge ist der Auditor Heinrich, der die Untersuchung gegen den Ceremonienmeister Kose leitete, schwer erkrankt. Der Zusammentritt des Kriegesgerichts ist in Folge dessen verschoben. — Die Gastwirthe erhielten nach zweijähriger sehr erregter Debatte der Bierbrennercommission Decharge. — Die Colportagebuchhändler senden sämmtlichen Reichstagsabgeordneten eine Resolution mit dem Ersuchen, den Antrag Groeber-Häke auf den Buch- und Kunsthandel nicht auszuweihen. Bei den Ministern Boetticher und Verlesch werden Audienzen nachgesucht. — **Leipzig**, 20. Februar. Das Reichsgericht hat die Revision des Staatsanwalts in Angelegenheit des Generaldirectors des Hürder Bergwerks- und Hüttenvereins, Massenow, welcher vom Dortmunder Gerichte von der Anklage, den Verein benachteiligt zu haben, freigesprochen war, verworfen. — **Wien**, 20. Februar. In zwölf getrennt Abends hier abgehaltenen Massenversammlungen beschlossen über fünfzehntausend Arbeiter, mit aller Entschlossenheit den Kampf um's Wahlrecht energisch zu Ende zu führen. Die Straßen-

kundgebungen, die sich an die Versammlungen angeschlossen, blieben von der Polizei unberührt. — **Bern**, 20. Februar. Die Bundesanwaltschaft hat die polizeiliche Ueberwachung des italienischen Socialistencongresses in Zürich verfügt. — **Rom**, 20. Febr. Giolitti ist in Turin eingetroffen. Der Untersuchungsrichter wird vor Allem Aufklärung über die Art verlangen, wie er in den Besitz der Briefe der Frau Crispi gelangt ist. Der Sohn des früheren Hausmeisters Crispi's, an den bekanntlich die besagten Briefe gerichtet waren, erklärt, daß er das von seinem Vater stammende Packet Briefe an Frau Crispi an den Secretär Crispi's, Pinelli, ausgedehnt habe. Die Klägerin selbst konnte über die Person, der Giolitti die Briefe übergab, nichts aussagen. — **Paris**, 20. Februar. Gerüchtweise verlautet, daß ein neuer Fall Dreyfus vorliege. Ein Artillerieoffizier stehe unter dem Verdachte des Landesverrats. Der Ministerrath beschloß, daß, wenn der deutsche Reichstag die Prämien für die Ausfuhr von Zucker bewilligt, die französische Regierung unerbittlich Maßregeln ergreife, die Wirkung dieser Prämien auf dem französischen Markte aufzuheben. — **Washington**, 20. Februar. Die oppositionellen Parteien des Senats beschloßen heute ein Votum über die Resolution Walcott zuzulassen, welche erklärt, der Senat sei der Ansicht, daß das Wohlbedürden der Vereinigten Staaten ein Gesetz über die freie Silberprägung im Verhältnis von 16 zu 1 verlange; aber angesichts der Wichtigkeit der dem Congresse gegenwärtig vorliegenden Ausgabentwürfe sei der Senat der Meinung, daß ein derartiges Gesetz während der gegenwärtigen Session nicht beraten werden dürfe. Entsprechend diesem Beschlusse wird der Antrag Jones auf unbeschränkte freie Silberprägung zurückgezogen. — **Hongkong**, 20. Februar. Das „Neuerische Bureau“ meldet: In Folge der bedrohlichen Lage verlassen viele Kaufleute Formosa. Ein hier eingetroffenes Handelschiff berichtet, ein japanisches Geschwader befände sich in der Nähe von Formosa. — Das „Neuerische Bureau“ meldet ferner: Das Pulvermagazin der Forts zu Takao auf Formosa ist in die Luft geblasen, wodurch 2000 Personen getödtet wurden. — **Hiroshima**, 20. Februar. Die gesammte japanische Flotte lief am Sonntag in den Hafen von Wei-hai-wei ein. Die Forts, alle Torpedolager, zehn chinesische Kriegsschiffe und die gesammte Garnison wurde von den Japanern in Besitz genommen. Der „Kuangschir“ wurde, nachdem derselbe abgerüstet worden war, den Chinesen zum Transport der Leiche des Admirals Ding nach Tschitu übergeben.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 20. Februar.
Heiraths-Ankündigungen. I. Rechtsanwalt Carl Joel, jüd., Schmiedgasse 12, und Catharina Hannes, jüd., Albrechtsstr. 36. — Arbeiter Carl Bätz, ev., Postenerstr. 32, und Pauline Radonka, ev., Bahnhofsstr. 19. — Haushälter

Johann Wiczorek, kath., Ring 20, und Auguste Sikora, Junferstr. 32. — Damenschneider Wolf Kremer, jüd., Bern und Ernestine Badewig, jüd., Neue Antonenstraße 4. II. Barbier Friedrich Hirsch, ev., Theresenstr. 3, und W. Hlegner, evang., Höfchenstr. 15a. — Feuerwehrmann C. Blochowicz, ev., Kleine Groischengasse 4, und Auguste B. ev., Neudorfstr. 5. — III. Restaurateur Alois Neugebauer, kath., Vincenzstr. 33, und Luise Franzke, ev., daselbst. Königl. Eisenbahn-Stationen-Assistent Georg Benke, evang. Berlin, und Maria Niegel, kath., Schiefwerderplatz 10. Gelbgießer Wilhelm Grändler, kath., Werberstr. 10, und Mandel, kath., daselbst. — Postassistent Philipp Hölzer, ev., Lengenfeld, und Margarethe Dittrich, ev., Fürchtenstr. 85. Schlosser Fritz Bolz, ev., Zietenstr. 23, und Ernestine Kraus, evang., Moltkestraße 10.
Geburten. I. Arbeiter Ludwig Gringel, ev., S. Kutischer Julius Fischer, ev., T. — Maler Wilhelm Gau, kath., S. — Fabrikarbeiter Emil Weßhoff, kath., S. Tischler Theodor Preis, kath., S. — Kaufmann Bertho Steller, ev., T. — II. Dienstmann Gustav König, ev., S. Tischler Wilhelm Sast, ev., T. — Güterboden-Arbeiter W. Schiffer, ev., S. — Schuhmachermeister Paul Juntinsh, kath., S. — Glasermeister Paul Fischer, ev., S. — Wagenführer der elektrischen Straßenbahn Friedrich Rauch, kath., T. Post-Kassirer Heinrich Stock, ev., T. — Schuhmacher Vinco Lerch, kath., T. — Uhrmacher Berthold Budisch, ev., T. Buchhalter Adolf Frankenberg, ev., S. — III. Kaufmann Georg Reymann, kath., S. — Butterhändler Eduard Hermann, ev., S. — Schmiedemeister Ernst Vache, ev., T. Schlosser Gustav Weiß, ev., S. — Arbeiter Robert Nisch, ev., T. — Kutischer Josef Fischer, kath., S. — Schuhmachermeister Franz Soboth, kath., T. — Maurer Julius Michalek, ev., S. — Comptoirist Carl Kiedel, ev., T. — Maurer Robert Kroll, ev., T. — Haus-Briefträger Carl Gruhn, ev., T. — Schuhmachermeister August Reiß, kath., T.
Todesfälle. I. Hermann, S. des Bremfers O. Judmantel, 1 J. 11 M. — Frieda, T. des Kürschners Hermann Stein, 3 M. — Erich, S. des Haushälters August Ulrich, 3 M. — Schneider Israel Bogorzelski, 63 J. — II. Gerichtl. geschiedene Arbeiterfrau Anna Wuttke, geborene Reijig, 63 J. — Tischlermeister Johann Kranter, 72 J. — Hedwig, T. des Bahnarbeiters Carl Weiß, 1 J. — Wilhelm, S. des Güterbodenarbeiters Wilhelm Schiffer, 1 Tag. — Gärtnerwitwe Rosina Unruh, geb. Tichocke, 77 J. — Selma, T. des Arbeiters Robert Viol 1 J. — Porträtmaler Ernst Brehmer, 72 J. — Gasthofbesitzerfrau Pauline Stampf, geb. Danmer, 53 J. — Kaufmannsrau Louise Großpietisch, geb. Herlth, 43 J. — Arbeiterwitwe Eleonore Kiedel, geb. Nisch, 82 J. — III. Barbier Emil Hoffmann, 40 J. — Anstreicher August Krametz, 33 J. — Haushälter-Wittne Clara Kojchate, geb. Walerus, 74 J. — Margarethe, T. des Tischlermeisters Hugo Friebe, 3 M. — Eisenbahn-Maschinenmeister a. D. Emil Holz, 72 J. — Arbeiterwitwe Wilhelmine Fabian, geb. Wajchson, 83 J. — Eisenbahn-Streckenarbeiter Wilhelm Wolf aus Schmiedefeld, Kreis Breslau, 38 J.

Stadt-Theater.
Donnerstag:
„Alessandro Stradella.“
„Bajazet.“
Freitag:
„Räuber.“

Lobe-Theater.
Donnerstag:
„Salali.“ — „Die stille Wache.“
Freitag:
„Salali.“ — „Die stille Wache.“

Theater-Nachricht.
Sommerabend:
Zum Benefiz für Max Soeme.
Zum 1. Male:
„Bernard's Ehecontract.“
(Un fil à la patte.)

Victoria-Theater
(Sommerauer-Garten.)
Täglich:
Specialitäten - Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Saynan.
Frauen- u. Mädchen-Bildungsverein
Montag, den 25. Februar,
Abends 8 Uhr,
im „goldenen Löwen“
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vorlesung.
2. Diskussion. 3. Berichtens.
Zehnjähriges Gedenken erwünscht
Der Vorstand.

Neue Heringe
Ring 46, im Hofe. 3417

Polster-Werg,
Kochhaus, Azara, Indischer, Alpen-
gras, Seegras, Federn, Möbelstühle,
Gurte, Sandstühle, Stühle, Sessel,
Büchereien, Hüte, etc.
Lassen empfiehlt billigst 3370

Jul. Moritz, Sella-
meister.
44, Kupferstraße-Str. 44.

Sonntag, den 24. Februar 1895, Nachmittags 4 Uhr
im großen Saale des „Deutschen Kronprinzen“, Kurzegeasse 50.52:
Gr. Volks-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Die Handwerkerfrage und die Situation im Reichstage.
Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Liebkecht.** 2. Discussion.
Entrée 10 Pfg.
Frauen sind eingeladen.

Todes-Anzeige.
Am 19. d. Mts. verschied nach langen schweren Leiden unser
lieber Vater, der Schmied
Franz August.
im Alter von 78 Jahren.
Dies zeigen nachtrübt an Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Freitag, Nachm. 4 Uhr nach Borsdorf.
Trauerhaus: Kurzegeasse No. 21/23. 5544

Für Vereine!
Cosillon-Orden. Dargest. von 20 J. an. Auftragsstr.
Dargest. von 10 J. an. 5529
Einladungskarten — 1 Mk. an
sowie sämtliche Druckarbeiten im eigenen Druckerei-Betrieb und Verlag.
Boffappen-Fabrik.
A. Wollmann, Breslau, Nicolaisstr. 16.

Möbel-Kaufhaus
Carl Scholz,
befindet sich nur Radlergasse Nr. 15,
Ecke Stodgasse 3530
und empfiehlt sein reichhaltiges Lager von
Möbeln, Spiegeln und Polsterwaaren
zu den billigsten Preisen.

Musik-Instrumente.
Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instru-
mente, Spielbojen zum Drehen u. selbst-
vielend, Musik-Automaten fertigt
B. Cohn, Kupferstraße 17.

Gesangs-Abtheilung
des sozialdemokrat. Vereins für Breslau und Umgegend
Saben Freitag von 8-11 Uhr:
Übungsstunde
im Vereins-Saal (Neumarkt Nr. 8).
Pünktliches Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist Pflicht.
Beiträge zum Verein werden entgegen genommen
Der Obmann.

Paul Quitt, Schuhmachermeister
Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 1. 3491a
Empfehle mein großes Lager selbstgefertigter, dauerhafter
Schuhwaaren
für Herren, Damen und Kinder.
Herren-Gamasehen v. 7.50 Mk. Damen-
Gamasehen 5 Mk., Mädchen-Gam. v. 3 Mk.
Kindersehuhe, gefüllt v. 60 Pfg. an

Mit dem Köstlich unseres hochfeinen, süßten
Pilsener Bieres
haben wir begonnen.
Ehrlich empfehlen wir unsere aus feinstem Hopfen und Malz
eingebrautes
hellen und dunklen Lagerbiere.
Brauerei Wünsche & Co.
Grüneiche-Breslau.

50 Nähmaschinen
hochleg., renommirteste Fabrikate
sodort billig zu verkaufen bei
W. Buttermilch,
Neumarkt S. 1. Etage. 348.
Maschinen-Reparatur-Anstalt.
Gehr. Maschin. in Zahlung ge-
nommen, Theilzahlung bewilligt.
Die **Pfaff** Singer u. Ring-
weltber. schiffich. a. Lager
2-5 Jahre streng reell Garantie